

Regulationsdispositive im nachfordistischen Wandel.

Regionale Gewerkschaftspolitik und
wettbewerbsregionalistische Reorganisation des lokalen Staates, oder:
die „verkürzte Verfallszeit gemachter und dann gebrochener Versprechen“

Von Bernd Röttger

Beitrag zur Tagung

„Institutionen und Strukturen lokaler Politik in der Bundesrepublik Deutschland.

Entwicklungstendenzen, Ursachen und Bewertungskriterien“

des Arbeitskreises Lokale Politikforschung der DVPW, Darmstadt, 11.10.2004

„...denn das Bürgertum hatte sich endgültig dazu überwunden,
den Namen zu wechseln; nun nannte es sich ‚aufstrebender
Sektor‘, und wie soll man gegen den ‚aufstrebenden Sektor‘ ei-
ne Bombe zünden oder eine Barrikade errichten?“

Manuel Vázquez Montalbán, Der letzte Bolero

1. Gewerkschaften, lokale Regulation und die Zukunft des „rheinischen Kapitalismus“

Den Gegenstand der folgenden Abhandlung bilden lokale und regionale Praxisformen, mit denen Gewerkschaften versuchen, den Umbruch in der gesellschaftlichen Arbeit zu gestalten und Einfluss auf die strategische Ausrichtung lokaler/regionaler Wirtschaftsförderung auszuüben. Hintergrund ist, dass sich in den 1990er Jahren Gewerkschaften gerade in Regionen, in denen der strukturelle Wandel als „radikaler Strukturwandel“ Gestalt annimmt, indem er zunehmend tradierte, fordistische Organisations- und Politikformen unterminiert, zu relevanten Akteuren der Erneuerung lokaler/regionaler Formen der Wirtschafts- und der Arbeitsregulation entwickelt haben. Allgemein betrachtet zielen solche lokal- und regionalpolitischen Neuorientierungen der Gewerkschaften darauf, geeignete Formen einer Arbeitspolitik zu entwickeln, in denen der mit der neoliberalen Globalisierung (Röttger 1997) intensivierte „stumme Zwang ökonomischer Verhältnisse“ gebrochen und ein erweiterter Regulationsraum gesellschaftlicher Arbeit geschaffen werden kann. Es handelt sich um Ansätze/Versuche der pfadabhängigen Modernisierung/Transformation eines kapitalistischen Entwicklungsmodells „jenseits des Nationalstaates“, das in der neueren politökonomischen Debatte gemeinhin als das „rheinische“ (Albert 1992) bzw. „koordinierte Kapitalismusmodell (Hall/Soskice 2001) bezeichnet wird. Als solche

sind sie voraussetzungsvoll. Sie basieren auf einen komplexen Regulationsmechanismus, dessen Umsetzung von der Herstellung eines ständig umstrittenen Gleichgewichts zwischen divergierenden Interessen abhängt.

Eine Analyse dieser gewerkschaftlichen Beteiligungsformen in Lokalisierungs- und Regionalisierungsprozessen siedelt notwendig zwischen zwei wissenschaftlichen Disziplinen, die sich beide in gewisser Weise infolge der Krise des fordistischen Produktionsmodells und des Umbaus von Government zu Governance mit einem Wandel ihres eigenen Selbstverständnisses konfrontiert sehen – erst recht, wenn sie in herrschaftskritischer Absicht erfolgen: die Arbeits- und Industriosozologie bzw. Theorien der Industriellen Beziehungen auf der einen und staats- bzw. steuerungs- und regulationstheoretische Ansätze auf der anderen Seite.

Zunächst einige Anmerkungen zur Arbeits- und Industriosozologie: Seitdem sich die lange währende Prosperitätskonstellation der Nachkriegszeit in der Weltwirtschaftskrise 1974/75 dem Ende zuneigte und das sie tragende Muster fordistisch-tayloristischer Rationalisierung in die Krise trat, ist in der Mehrzahl der arbeits- und industriosozologischen Veröffentlichungen von Um- und Strukturbrüchen die Rede. Dies überrascht kaum. Überraschender ist eher, dass eine gesellschaftskritische Industriosozologie mit dem Fordismus gleich mit in die Krise trat. Vorbei waren die Zeiten, in denen die Kritik am Taylorismus mit einer Kritik am kapitalistischen System als Ganzem gepaart werden konnte. Herrschaftsrelevante Entwicklungsprozesse in der Restrukturierung von Arbeit und Politik konnten kaum transparent gemacht werden – ein Defizit das inzwischen „durch die Bank“ als kritikwürdig erachtet wird (Deutschmann 2002; Hirsch-Kreinsen 2003; Kühl 2004; Schumann 2003). Statt eine herrschaftskritische Neufundierung voranzutreiben, wurde eine ganze Reihe von Chiffren geboren, an denen die Umbrüche in der „gesellschaftlichen Betriebsweise“ (Karl Marx) von Arbeit kenntlich werden sollten: Neue Produktionskonzepte, Postfordismus, Globalisierung, Shareholder-Kapitalismus etc. Weitgehend unstrittig ist dabei, dass die Systeme industrieller Beziehungen zunehmend aus den regulierenden nationalstaatlichen und überbetrieblichen Normen und Institutionen des Fordismus herausgesprengt und verbetriebligt bzw. individualisiert wurden. Klärungsbedürftig blieb indes, inwieweit die Neuproduktion hegemonialer Klassenverhältnisse in den sich hinter den Chiffren vollziehenden Prozesse tatsächlich vonstatten ging und geht. M.a.W.: die Fähigkeit, „Gesellschaft und Arbeit unter dem Fokus von Herrschaft zu problematisieren“ (Maurer 2004: 7f.) schwand; eine analytische „Verknüpfung von Philosophie, Ökonomie und Politik spielte ... für die industrie- und arbeitssoziologische Debatte um die postfordistische Restrukturierung des Kapitalismus praktisch keine Rolle (Bechtle/Sauer 2004: 43). Unklar blieb daher auch, ob mit den Umbrüchen der die Regulation des Fordismus tragende „politische Ökonomismus“ der Gewerkschaften unwiederbringlich zu Ende ging und damit gewerkschaftliche Identitäten zwischen Klasse, Gesellschaft und Markt (Hyman 1996; 2001) neu definiert werden müssen.

Ähnliche Defizite ließen sich freilich auch für die empirische Politikforschung nachzeichnen/behaupten. Umbrüche vollziehen sich nicht nur in der ökonomischen Sphäre; sie umfassen das

gesamte System der politischen Regulation. Da Gesellschaften „keinen festen Kristall (bilden), sondern einen umwandlungsfähigen und beständig im Prozess der Umwandlung begriffenen Organismus“ (MEW 23: 16), werden auch die politischen Formen umgewälzt, in denen gesellschaftliche Widersprüche und ökonomische Krisen bearbeitet werden. Kapitalistische Regulation, als die Art und Weise, in der sich das kapitalistische Lohnverhältnis „trotz seines widersprüchlichen, konfliktiven Charakters reproduziert“ (Lipietz 1985: 109), entfaltet sich in einer von der fordistischen Form unterscheidbaren Konstellation. In diesem Zusammenhang ist vor allem der lokale Staat als eine politische Instanz entdeckt worden, in der die Abkehr vom sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Modell „hierarchischer Intervention“ hin zur governance, zu Formen der ökonomischen und gesellschaftlichen Steuerung in netzwerkartigen Strukturen, vollzogen wurden. Netzwerke gelten als Synonyme für neuartige Formen der institutionellen Einbettung der nachfordistischen Ökonomie (früh: Granovetter 1985), als politische Form, in der eine „Rückkehr der Gesellschaft in die Ökonomie“ (Piore/Sabel 1985) erzwungen werden kann. Netzwerken wird bis heute attestiert, dass sie als *die* organisatorische Form fungieren, in der sich der Übergang politischer Regulierung vom staatszentrierten Government der fordistischen Formation zur akteursbezogenen Governance des nachfordistischen Kapitalismus vollzieht. Sie erscheinen als „angemessene Instrumente für eine kapitalistische Wirtschaft, die auf Innovation, Globalisierung und dezentralisierter Konzentration beruht“ (Castells 2001: 528). Entsprechende Strukturen und Akteurskonstellationen, die moderne Governance generieren sollen, sind als „regionale Entwicklungscoalitionen“ beschrieben worden (Ennals/Gustavsen 1999; Fricke/Totterdill 2004). Faktisch haben sich lokale Gesellschaften und ihrer Staaten im Zuge der Krise des Fordismus zu einem gewichtigen Faktor in der kapitalistischen Regulation entwickelt. Ähnlich der industriesoziologischen Forschung aber bleiben in den neueren politik- und steuerungstheoretischen Ansätzen herrschaftsrelevante Aspekte des Verhältnisses von Ökonomie und Politik systematisch unterbelichtet. Lokale Governance als „ein System von Regeln“ („system of rules“, Rosenau 1992: 4) basiert auf Vorstellungen, in denen Ökonomie, Zivilgesellschaft und Politik nicht mehr als herrschaftlich vermittelte Sphären verstanden werden, deren Verhältnis umkämpft ist. Governance bildet vielmehr „die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche wie private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln“ (Commission on Global Governance 1995: 4). Bürgerliche Gesellschaft und Politik bilden also Instanzen einer Ko-Regulation, deren Zusammenspiel technokratisch optimiert werden kann. In der Konsequenz entgleitet den neueren Governance-Konzepten das in der politischen Steuerungsdebatte der 1970er Jahre noch vorhandene Unterscheidungsvermögen von Steuerungsobjekt und -subjekt zunehmend (Mayntz 2004). Von einer „technokratischen Wende“ in der Politikwissenschaft ist die Rede (Hirsch 2003; Lütz 2003). Governance als ein „kontinuierlicher Prozess, durch den kontroverse und unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann“ (Commission on Global Governance 1995: 4) sagt aber noch gar nicht darüber aus, ob grundlegende Strukturen des „rheinischen“, koordinierten Kapitalismus reproduziert werden. Denn die kapitalismustheoretische Klassifizierung ist nicht allein eine Frage formaler Beteiligungs- und Partizi-

pationsstrukturen¹, sondern der inhaltlichen Ausgestaltung und dem Grad der „Aushöhlung“ der politischen Regulation (vgl. zur Aushöhlung der politischen Institutionen des Fordismus: Jessop 1997; zur Aushöhlung der Systeme industrieller Beziehungen: Dörre 2002; Röttger 2003). Die Frage etwa, ob die „strategischen Beziehungen“ zwischen Gewerkschaften und Staat, die sich im „keynesianischen Staat“ (Buci-Glucksmann/Therborn 1982) der fordistischen Entwicklung herausgebildet haben, in den neuen politischen Steuerungs- und Regulationsformen erneut wirkungsmächtig werden können, bezeichnet in den neueren Debatten folglich eine komplette Leerstelle.

Die nachfordistische, durch die Globalisierung beförderte Ausdifferenzierung kapitalistischer Raumstrukturen – der Aufstieg neuer regionaler Mächte mit „innovativen“ Regulationssystemen und der (relative) Niedergang der altindustriell dominierten und fordistisch regulierten Regionen – hat aber (und das scheint mir ebenso bemerkenswert wie die eingangs erläuterten Defizite) die neo-institutionalistische und regulationstheoretische These – also intermediäre Konzepte der Internationalen Politischen Ökonomie – bestätigt, dass es nicht Weltmarktstrukturen, sondern immer die gesellschaftlichen Bedingungen sind, in denen die Menschen vor Ort Kapital- und Arbeitsverhältnisse regulieren, die über die Stellung in die Hierarchie der kapitalistischen Weltökonomie entscheiden und die damit der „einfachen Arbeit“ ihre konkrete, gesellschaftliche Gestalt verleihen (MEW 13: 18f.). Solche Formen der Regulation scheinen heute entweder „passgenau“ zu sein, d.h. scheinen mit den Anforderungen global-kapitalistischer Akkumulation konform zu gehen (sie können – mit Marx gesprochen – sozusagen eine „Kette der Regulation“ bilden, mit der die Widersprüche des ökonomischen Prozesses bearbeitet und in Entwicklungsstrategien transformiert werden können); es bestehen scheinbar aber auch Formen der Regulation, die anachronistisch werden, über die die Wellen ökonomischer Entwicklung hinwegschwappen, die ihre Fundamente unterspülen, bis der Strom der Geschichte sie endgültig verschluckt. Als solche Formen gelten vor allem die sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Regulationen des Nationalstaats.

Als „passgenau“ gelten dagegen politische Regulationen ökonomischer Prozesse, die sich eher kleinräumlich formieren. Tatsächlich stehen lokale und regionale Ansätze als Surrogat einer anachronistisch gewordenen bzw. defizitären makroökonomischen Regulierung auf nationalstaatlicher, europäischer oder weltökonomischer Ebene seit den 1980er Jahren zumindest hoch im Kurs. Auch die Gewerkschaften haben sich in dieses „Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinten“ (Walter Benjamin) geworfen, indem sie in einigen Regionen zu integralen Bestandteilen „lokaler Allianzen“ aus Unternehmen, lokalen Staaten, Wissenschaftseinrichtungen, Kammern und Unternehmerverbänden geworden sind. Insbesondere die Gewerkschaften verfolgten in diesen „lokalen Bündnissen“ das Ziel, auch unter den Bedingungen der Globalisierung den in der Ära des Fordismus konstitu-

¹ Boltanski/Chapello 2003 sprechen in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit der Verschiebungen („deplacements“) im kapitalistischen Gefüge und damit von der Möglichkeit einer inhaltlichen Enteignung politischer Themen und Institutionen, die sie zugleich als Grundelement der Erneuerung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, ihrer Regulation und ihres Legitimationsregimes identifizieren.

ierten Entwicklungspfad einer „koordinierten Ökonomie“ und das Regulationsmodell des „politischen Ökonomismus“ zu erhalten – durchaus übrigens im Einklang mit neueren wissenschaftlichen Verlautbarungen, die in den lokalen Staaten ein Terrain erblickten, auf dem „eine neu angeleitete Politik der Sozialdemokratie“ (Scott 1998: 163) entstünde, ein potentieller Raum der Regulation, der mit „ökonomisch und sozial stärkeren Regulationsinstrumenten auszustatten“ sei (Lipietz 1998: 179). Die Region – ein „produktiver Anker in Globalisierungsprozessen“ also (Hoffmann 2004)? Der lokale Staat – die letzte Phalanx des „rheinischen Kapitalismus“, mit der die „mixed economy“, das Lieblingskind gemäßiger Arbeiterparteien Westeuropas, und das Prinzip der „mixed governance“, die komplementäre Arbeitsteilung zwischen Staat und Tarifdemokratie, erneuert werden kann?

Inzwischen mehren sich jedoch die Zeichen, dass der Strom der Geschichte vielleicht doch nicht so linear von der nationalstaatlichen Regulierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates zu den lokal erneuerten Formen des „rheinischen Kapitalismus“ verläuft – insbesondere in Teilen der Gewerkschaften selbst. Lokale Handlungsspielräume verengen sich auf wettbewerbsregionalistische Lösungen, in denen gewerkschaftspolitische Ziele eher untergeordnet sind. Ich möchte im Folgenden dem Anspruch, den Realitäten und vor allem den Prozessen nachspüren, mit denen unter dem Label des *New Regionalism* lokale Allianzen geschmiedet wurden, die unter Beteiligung von lokalen Gewerkschaftsgliederungen ein regionales Regulationsversprechen artikulieren und eine pfadabhängige Modernisierung der „koordinierten Ökonomie“ versprechen konnten. Der erste Teil meiner These lautet, dass die Erneuerung der kapitalistischen Regulation in den lokalen Staaten keiner Präkonfiguration folgt. Im Unterschied zu frühen kritischen Stimmen, die die Entstehung lokaler Staaten eng mit der Ausbildung neoliberaler Formen des Politischen verknüpft sahen (Esser/Hirsch 1987) oder bereits im Vorfeld als modernen Mythos im Zeitalter der „Globalisierung“ zu entlarven glaubten (Amin/Robins 1990), waren ihre Konstitutionen keineswegs ökonomistisch durch vorherrschende Weltmarktgesetze oder säkulare Entwicklungstrends vorbestimmt. Faktisch entwickelte sich in den 1990er Jahren eine Vielzahl von regulativen Experimenten: neoliberale Projekte der lokalen Deregulierung auf der einen genauso, wie verschiedene neokorporatistische Projekte sog. „Reregulierung“ unter Beteiligung von Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen auf der anderen Seite. Konturen erlangten die lokalen Staaten immer erst durch die hegemonialen Konflikte, Akteurskonstellationen und Kompromisse, die in den Städten und Regionen ausgebildet wurden. Diese Zeiten des „experimentellen Regionalismus“ (Charles Sabel) sind jedoch vorbei. In den zur Reife gekommenen Formen der lokalen Staaten entfaltet sich – so muss die These notwendig fortgeführt werden – ein weltmarktorientierter Wettbewerbsregionalismus, der zunehmend die Bedingungen unterminiert, unter denen lokale Allianzen unter Einschluss der Gewerkschaften geschmiedet werden konnten. M.a.W.: In den lokalen Staaten entstand zunächst ein neues „contested Terrain“ gesellschaftlicher Konflikte. Dieses wird aber infolge einer neuen „politics of scale“, in der es zu neuartigen Verschränkungen („Artikulationen“) von betrieblichen Unterwerfungs- politischen Herrschafts- und weltwirtschaftlichen Machtverhältnissen kommt, in seinen Handlungskorridoren zunehmend engegeführt. Eine neue „Herrschaft der constraints“ nistet sich in den

lokalen Staaten ein. Die Bemühungen um eine „Erneuerung von unten“ des kapitalistischen Regulationsprozesses werden zunehmend durch einen „Pfadwechsel von oben“ aufgezehrt.

2. Theoretische Bezüge und empirische Grundlagen

2.1. New Regionalism und Theorie der Regulation

Der New Regionalism, der als konzeptive Theorie/Ideologie „organisch“ (Antonio Gramsci) mit den Kräften der Regionalisierung und Lokalisierung verwoben ist, verbindet eine ökonomische Entwicklungs- mit einer politischen Steuerungstheorie. Im Zentrum der ökonomischen Strategie steht das Clusterkonzept (Porter 1993), das inzwischen als zentrales Instrument lokaler Staaten fungiert, Handlungsfähigkeit im globalen Kapitalismus zu erheischen (Crouch et al. 2004). Der neue Regionalismus basiert auf der grundlegenden These, dass die anhaltende Instabilität internationaler Märkte, aber auch die technologischen Umbrüche zwangsläufig zu einer Wiederbelebung regionaler Ökonomien führen *müssen*. Aufstrebende Regionen infolge der Krise des Fordismus wiesen dabei signifikante Ähnlichkeiten mit den industriellen Distrikten Ende des 19. Jahrhunderts auf. Erfolgreiche industrielle Produktion war schon damals stark räumlich konzentriert. Marshall (1919; 1920) führte Erklärungsmuster hierfür ins Feld, die auch den New Regionalism prägen sollten: erstens die Existenz eines Arbeitskräftepools mit spezialisierten Qualifikationen, zweitens ein regional differenziertes Angebot von spezialisierten Zulieferfirmen sowie drittens die Möglichkeit, sog. „technological spillovers“ zu erzielen.

Solche Faktoren zu schaffen, wurde als eine zentrale Aufgabe der regionalen Organisation begriffen. Auch in der Tradition der Regulationstheorie erschien das Lokale als eine „Brutstätte zur Hervorbringung neuer Produktivkräfte“ (Lipietz 1998: 177). Die „Produktivkraft territoriale Organisation“ (Swyndegoux 1992: 431) war erfunden. Die „Renaissance regionaler Ökonomien“ (Sabel 1989: 9) konnte verkündet werden – sofern die Regionen die Herausforderungen zur politische Formierung und Organisation annahmen, um „new industrial spaces“ (Scott 1988), „production complexes“ (Scott/Scorper 1989) oder „technology districts“ (Storper 1993) zu schaffen. Ein wesentlicher Hebel der Verbreitung des New Regionalism bestand darin, dass sehr schnell von den spezifischen Bedingungskonstellationen postfordistisch prosperierender Regionen wie dem Silicon Valley oder dem Dritten Italien abstrahiert wurde und deren Entwicklungsmerkmale zu allgemeinen Erfolgskriterien der Regionalentwicklung umgedeutet wurden (kritisch: Amin/Thrift 1992; Ronneberger 1995).

Der New Regionalism konnte ideologisch auf alle Regionen ausstrahlen, weil er ein lokales/regionales Regulationsversprechen im ökonomischen Strukturwandel artikulierte. Der ökonomische Auf- bzw. Abstieg, der Erfolg oder Misserfolg in der Bewältigung des strukturellen Wandels wurde nämlich nicht mehr als eine Dynamik verstanden, die im Kern infolge vorherrschender Branchenstrukturen vorbestimmt war. Erfolg oder Misserfolg der Regionen waren vielmehr mittels der im historischen, sozialen und regionalpolitischen Prozess ausgebildeten „räumlichen Verhältnisse und Konfiguratio-

nen“ von den Städten und Regionen selbst beeinflussbar. In einem quasi voluntaristischen Akt könne der lokale Staat als ein zentraler Akteur bei der Produktion regionaler Bindungen fungieren, die den Exit-Optionen des global agierenden Kapitals entgegenwirke. Seine Regulierungen würden damit eine Alternative zu vereinfachten, an der „kurzen Frist“ ausgerichteten Cost-cutting-Strategien konkurrierender Betriebe darstellen. Lokale und regionale Regulation sei somit ein zentrales Moment der Konstitution eines sog. „high-road“-Pfades der ökonomischen Restrukturierung (Dörre 1999), „starker Wettbewerbsstrategien“ (Storper/Walker 1989) oder Formen „offensiver Flexibilität“ (Leborgne/Lipietz 1991). Im Unterschied zur defensiven Flexibilität (Zerschlagung fordistischer Organisationsformen, Förderung neuer Niedriglohnindustrien) sollen in der offensiven Flexibilität sozialdemokratische bzw. neokorporatistische Formen politischer Regulation lokaler/regionaler Modernisierungsprozesse reproduziert werden: neue Technologien werden in enger Verbindung mit Aus- und Weiterbildungsprogrammen eingeführt, die Implementation von Technologien wird auf der Basis von Aushandlungen mit Arbeitern und Repräsentanten der städtischen Gesellschaft vollzogen usw. (Leborgne/Lipietz 1991: 43).

Hier liegt die eigentliche Bedeutung des New Regionalism für die Formierung lokaler/regionaler Allianzen, in denen Gewerkschaften nicht nur beteiligt, sondern teilweise sogar aktivierend auf ihre Schmiedung gewirkt haben. Das politische Programm des New Regionalism vermochte es, antagonistische gesellschaftliche Kräfte in ein Modernisierungsprojekt von politischer Verwaltung, Unternehmen und Arbeitsstrukturen einzubinden, weil es die Entstehung einer neuen – die Merkmale der alten reproduzierenden – Regulation des postfordistischen Kapitalismus postulieren konnte. Wenn etwa Charles Sabel (1987: 37) schon früh darauf verwiesen hat, dass den „Institutionen zur Regulierung der innerbetrieblichen Arbeitsbeziehungen“ eine zentrale Rolle in der lokalen Governance zukomme, hat er damit indirekt (auch) den Gewerkschaften sogar eine aktivierende Rolle bei der Erneuerung lokaler Governancen zugewiesen.

Die Region schien somit ein prädestiniertes Terrain, auf dem durch Regulationen auf der Achse Gewerkschaften/Staat das fordistische Produktionsmodell erneuert und die Gewerkschaften als politischer Verband im Regulationsgefüge gesellschaftlicher Arbeit sich reproduzieren können (Kern 1994; vgl. auch Jansen/Jürgens 2003). Weltmarktorientierte Modernisierung der Produktion sollte aufs Neue mit Instrumenten der Einbindung von Gewerkschaften, diesmal in lokale und regionalpolitische Entscheidungs- und Tarifbildungsprozesse verknüpft werden. Eine neue korporatistische Ära also, in der widerstreitende gesellschaftliche Interessen auf übergeordnete Ziele verpflichtet werden können und nun der lokale Staat für die Wahrung dieser Ziele sorgt? Lokaler Neokorporatismus als neue Chance zur „einvernehmlichen Regelung der Produktion nach Kriterien wirtschaftlicher Rentabilität und externer (weltwirtschaftlicher) Wettbewerbsfähigkeit“ (Streeck 1981: 3)? Lokale Staaten als neue Orte eines politischen Tauschs bzw. eines „Austauschkalküls“ (Lehmbruch 1983), indem die Einbindung der Gewerkschaften in die „Produktions- und Rationalisierungsgemeinschaft“ positive Resultate für die Interessen der abhängig Beschäftigten bewirken?

Tatsächlich aber brechen sich allzu reibungslose Vorstellungen pfadabhängiger, besser: pfadimmanenter Modernisierung an den restriktiven und voraussetzungsvollen Bedingungen, unter denen kapitalistische Regulationsprozesse generiert, stabilisiert und verändert werden. Regulation bildet als Resultat von gesellschaftlichen Konflikten immer eine „historische Fundsache“ (Lipietz 1985: 114; ders. 1997: 104), die genau dann eintritt, wenn ein Kontrollmodus gefunden wird, „der den Klassenkonflikt in Formen kanalisiert, die mit den Gesetzen der Akkumulation kompatibel sind“ (Aglietta 1979a: 123). Die Implementation dieses Kontrollmodus ist nicht Resultat eines politischen Planungsprozesses, sondern entspringt aus der Gesellschaft als einem „beständig im Prozess der Umwandlung begriffenen Organismus“, daraus, dass der Kapitalismus zur beständigen „Destruktion und Neuproduktion der alten sozialen und politischen Formen“ (Marx 1974: 393) tendiert.

Regulationsprozesse lokaler Staaten lassen sich so nicht aus einer historischen und funktionalistischen Abfolge von (fordistischer, nationalstaatlicher) Regulation, (neoliberaler) De-Regulation und (lokaler) Re-Regulation ableiten, allein schon deshalb, weil „auch Phasen des Umbruchs ... ihre Regulationsmodi (haben)“ (Grah/Teague 2000: 176). Wohl aber resultiert Regulation aus der „konstitutiven Unvollkommenheit des Kapitalverhältnisses“ (Jessop 2002: 18ff.). Als solche trägt sie das Potential in sich, über die Systemgrenzen (das „logische“ oder „funktionalistische Korrespondenzverhältnis“ von Akkumulation und Regulation) hinaus zu weisen. Lokale Politikformen können als Formen des „erweiterten Staates“ begriffen werden, in denen die traditionellen Interventionsmedien ‚Recht‘ und ‚Geld‘ durch neue Verhandlungssysteme auf lokaler und regionaler Ebene ergänzt werden (vgl. zu diesem letztlich gramscianischen Konzept: Röttger 2004a). In den ausgebildeten Formen des integralen Staates können Handlungskorridore politökonomischer Entwicklung im Regulationsprozess erweitert oder verengt werden (Röttger 2004b). Dies hängt in hohem Maße davon ab, welche Art der Verknüpfungen („Artikulationen“) mit anderen Ebenen des politischen Mehrebenensystems entstehen. Ein vertieftes Verständnis lokaler/regionaler Regulationsprozesse dürfte nur in einer die hegemonialen Akteurskonstellationen und die neuen „politics of scale“ einbindenden erweiterten regulationstheoretischen Perspektive möglich sein.

2.2. Die empirischen Grundlagen

Die Hoffnung, der „totalisierenden Tendenz“ des Kapitals und der säkularen Urgewalt der Globalisierung wenigstens hier und da lokale/regionale Gestaltungschancen abzuringen, ist bis heute ungebrochen. So auch bei den Gewerkschaften. In die anfängliche Euphorie hatten sich inzwischen aber längst auch skeptische Töne gemischt. Vielfach galten regionale Entwicklungsprozesse als blockiert. „Wir haben alles, aber alles dümpelt nur noch vor sich hin“, so ein Gewerkschafter über die von ihm selbst initiierten Formen regionaler Industriepolitik. Und: „Wir müssen davon ausgehen, dass das, was wir vor einigen Jahren geschaffen haben, heute in einem völlig gewandelten politischen Kontext stattfindet – so eine andere gewerkschaftlicher „Scharnierpersönlichkeit“ regionaler Netzwerkstrukturen. Neuere Forschungen sprachen bereits von einem erneuten Paradigmenwechsel der Regionalisierung,

weg von der bottom-up-Phase der 1990er Jahre mit ihren „Regionalen Entwicklungskonzepten“ und dem Aufbau von Netzwerken und hin zu top-down-Ansätzen mit einer „starken Orientierung an globalen Wachstumsbranchen“, die „wenig Raum für sozialökologische und beteiligungsoffene Reformprojekte lässt“ (Blöcker 2003: 31). War der „Sachzwang Globalisierung“ also dabei, die „Gestaltungsoption Regionalisierung“ einzuholen?

An solchen Fragestellungen setzten Untersuchungen an, die wir am Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB) zwischen 2001 und 2003 durchgeführt haben (Beese/Dörre/Röttger 2004). In einem von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Land Nordrhein-Westfalen finanzierten Forschungsprojekt haben wir drei altindustrielle Regionen ins Visier genommen, in denen industriepolitische Netzwerke eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des Strukturwandels und der Erneuerung lokaler/regionaler Governancen spielen. Die Besonderheit unseres Untersuchungsgegenstandes ergab sich aus dem Faktum, dass in Chemnitz, Dortmund und Nürnberg Repräsentanten lokaler Gewerkschaften im krassen Gegensatz zu aktuellen Bewertungen der Gewerkschaften als „Blockierer“ vermeintlich notwendiger Reformen als „Scharnierpersönlichkeiten“ in den regionalen Kooperationsstrukturen agierten. In allen Untersuchungsregionen sind – in beständig wechselnden Arrangements aus Konflikt, Kompromiss und Konsens – in den 1990er Jahren regionale Institutionensysteme „von unten“ geschaffen worden, die versuchen, den in diesen Regionen waltenden „radikalen Strukturwandel“ kooperativ zu bewältigen und somit eine grundlegende Erneuerung der für das „Modell Deutschland“ bzw. den „Rheinischen Kapitalismus“ charakteristischen Formen einer koordinierten Ökonomie zu bewirken.

Über die tatsächlichen Leistungen dieser Netzwerke und die Formen gewerkschaftlicher Beteiligung wurde vor Ort bereits kontrovers diskutiert, mitunter auch schon heftig gestritten. Die Regulationsversprechen schienen sich zu erschöpfen. Immer mehr war von „Beteiligungsfallen“ die Rede. Unser Erkenntnisinteresse richtete sich nicht nur auf die konkrete Gestalt und die Steuerungsleistungen regionaler Netzwerke, sondern – soweit unserem analytischen Fokus zugänglich – auch auf die Veränderungsdynamiken regionaler Akteurskonstellationen und deren Ursachen. Unabhängig nämlich von der regional-spezifischen Konstitution regionaler Industrie- und Strukturpolitik und den verschiedenen Steuerungsleistungen unterscheidbarer Governanceformen waren wir Zeugen eines sich in allen Regionen vollziehenden Konstitutionswandels lokaler und regionaler Politik. Dabei schienen Veränderungen innerhalb des regionalen Regulationsprozesses infolge anhaltender Schwächung der Gewerkschaften (innere Veränderungsprozesse) und von außen kommender Druck (Globalisierung, Förderkulisse) unentwerrbar miteinander verwoben.

Ausgangs- bzw. Arbeitshypothese unserer Untersuchungen bildete die Kategorie des *radikalen Strukturwandels*. Radikaler Strukturwandel in den von uns untersuchten altindustriellen Regionen bedeutet, dass die Basisprinzipien des fordistischen Produktionssystems, die diese Regionen lange Zeit prägten, unwiderruflich transformiert werden. Altindustrielle Regionen waren in der Vergangenheit Ballungen von Großbetrieben mit bürokratischen Strukturen und vergleichsweise starken Interessenvertretungen, in denen auch die Gewerkschaften ihre organisatorischen Hochburgen hatten. Der gesamte fordistische

Regulationsmodus ist auf diesen Zusammenhang zugeschnitten. Das System aus Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen sowie dezentralen Formen der Ausbildung und Leistungssteuerung zielte auf größere Wirtschaftsorganisationen und auf standardisierte Arbeitssysteme mit klar definierbaren Sachverhalten. Hier konnten die Gewerkschaften traditionell ihre größten Organisationserfolge erzielen. Wenn dieser Zusammenhang erodiert oder gar zerbricht, wird der Strukturwandel zu einem „radikalen“ Phänomen. In den von uns untersuchten Regionen konnte es daher gar nicht um eine lineare Verlängerung der Strukturen des „Modell Deutschland“ in die regionale Ökonomie gehen; in den Regionen mussten vielmehr die Basisinstitutionen einer „koordinierten Ökonomie“ auf neuen sozio-ökonomischen Grundlagen geschaffen werden.

Möglichkeiten und Grenzen, dies bewerkstelligen zu können – so die zweite Arbeitshypothese – liegen im lokalen/regionalen Regulationsprozess verborgen. Wir gingen davon aus, dass sich Veränderungen in den gesellschaftlichen Regulationsformen – zumal in den von uns untersuchten relativ kurzen Zeitspannen – nicht als vollständige Ablösung einer überlebten Regulationsweise und als deren Ersetzung durch ein neues „Regulationsmodell“ vollziehen. Eine solche Sichtweise erschien zu statisch. Um politische Dynamiken im Regulationsgefüge besser Rechnung tragen zu können, verwendeten wir den Begriff des *Regulationsdispositivs*. Joachim Becker (2002: 165f.) beschreibt das „Regulationsdispositiv“ als ein „heterogenes Ensemble“, in dem „die Regulationsebenen nicht isoliert (wirken), sondern im Gesamtzusammenhang. Ihr konkretes Wirken ist allein im Kontext der anderen Elemente zu verstehen. Die Stellung zueinander kann, wenn auch nicht völlig beliebig, verändert werden. So können bestimmte Ziele, je nach Kontext mal über das eine, mal über das andere Element der Regulation durchgesetzt werden“. Kleineräumliche Regulation bewegt sich immer in einem Spannungsverhältnis unterschiedlicher Regulationsmodi. So bleibt regionale Wirtschaftspolitik notwendig in der Logik der Angebotspolitik verhaftet; zugleich ist sie aber auch in andere Politikfelder eingebunden, darunter in solche, die zur Sicherung der sozialen Kohäsion in Städten und Regionen beitragen sollen. Gewerkschaften und andere Akteure können das Spannungsverhältnis nutzen, das zwischen konkurrierenden Handlungslogiken und Zielsetzungen existiert. So erweitern sich beispielsweise die Handlungskorridore des Wettbewerbsregionalismus in dem Maße, wie regionale/lokale Politik mit aktiver Beschäftigungs-, Qualifizierungs- oder Sozialpolitik verknüpft wird. Das Zusammenspiel beider Elemente der regionalen Governance, die Logik einer Konkurrenz der Regionen und die Logik sozialer Kohäsion, bezeichnen wir als Regulationsdispositiv. Die Art und Weise, in der beide Logiken miteinander verknüpft werden, begründet die spezifische politische Konstitution regionaler Governance.

Unsere Studie basiert auf einem Methodenmix, der Expertengespräche, halbstrukturierte Interviews, Gruppenbefragungen und teilnehmende Beobachtungen umfasst. Materialbasis der folgenden Darstellung sind 163 halbstrukturierte Interviews, die wir zumeist über Einzel-, teilweise aber auch über Gruppenbefragungen, an denen z.B. mehrere Betriebsräte teilnahmen, erfasst haben. Zu den Befragten gehören Netzwerkakteure, Manager, Lokal- und Landespolitiker ebenso wie Betriebsräte und beteiligte bzw. oppositionelle Gewerkschafter. Die Befragung haben wir durch zahlreiche teilnehmende Beob-

bachtungen, feed-back-Diskussionen mit Gewerkschaftern und Netzwerkakteuren, Transfer-Workshops sowie umfangreiche sekundärstatistische Analysen ergänzt. Der Kern des Untersuchungszeitraums lag zwischen Sommer 2001 und Winter 2003.

3. Gewerkschaften und regionale Arbeits- und Wirtschaftspolitik

Im folgenden werden die Grundstrukturen regionaler Governance in den Untersuchungsregionen und ihrer Veränderungsdynamiken dargestellt. Das besondere Erkenntnisinteresse liegt dabei auf die von den Gewerkschaften in der Phase der Neudefinition „regionaler Strukturpolitik“ einst erstrittenen Formen der lokalen/regionalen Regulation (3.1), der prozeduralen Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die institutionelle Ausrichtung von Wirtschaftsförderung und Clusterpolitik (3.2) und die Bestimmungsfaktoren der veränderten regionalen Regulationsdispositive im nachfordistischen Wandel (3.3).

3.1 Die erstrittene Regulation

Die tiefe Krise der fordistischen Industrialisierung bildet in allen Untersuchungsregionen den Rohstoff, das Material, auf dem die regionalen/lokalen industriepolitischen Aktivitäten aufsatteln. Den regionalpolitischen Initiativen der Gewerkschaften vorausgegangen war jeweils ein sich verschärfender, krisenvermittelter Problemdruck, der drohte, die traditionellen Bastionen der Gewerkschaftspolitik zu schleifen. Insofern stellten die regionalpolitischen Initiativen der Gewerkschaften Versuche dar, die eigene Schwäche im regionalpolitischen Tausch zu kompensieren. Faktisch gelang es den Gewerkschaften infolge der Krise fordistischer Vergesellschaftung in den Betrieben und der „neoliberalen Konterrevolution“ auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik bereits seit den 1980er Jahren immer weniger, die betrieblichen Konflikte mit überbetrieblichen und staatlichen Regulationen des Lohnverhältnisses zu verknüpfen. Die Verzahnung zwischen den Gewerkschaften und den Mitbestimmungsorganen nahm sukzessive ab (Dörre 2002). Infolge dieser Krise des „politischen Ökonomismus“ befanden sie sich – auch in unseren Untersuchungsregionen – mit dem „Rücken an der Wand“ (vgl. Riexinger/Sauerborn 2004).

In der Ruhrgebietsmetropole *Dortmund* beispielsweise wurde die Industrialisierung lange Zeit von den Produktionsmodi der Bergbau- und Stahlkonzerne bestimmt. Die fordistische Prosperitätskonstellation in Dortmund basierte auf dieser Tradition und wurde wesentlich vom sogenannten „Dortmunder Dreiklang“ getragen, der mit dem Leitsatz „mehr als 7 Millionen Hektoliter Bier sind zu brauen, um mehr als 7 Millionen Tonnen Steinkohle fördern und 7 Millionen Tonnen Stahl schmelzen zu können“ umschrieben wurde. Der Anteil des „Dortmunder Dreiklangs“ (Kohle, Stahl, Bier) an den Gesamtbeschäftigten der Stadt lag 1980 noch bei knapp 30%; heute liegt er unter 15%. Bereits Ende der 1950er Jahre signalisierte die erste Bergbaukrise den Beginn eines grundlegenden Wandels der Industriestruktur der städtischen Ökonomie. 1987 wurde die letzte Zeche in Dortmund geschlossen. Seit Mitte der

1970er Jahre erfolgten Wellen der Spezialisierung und Internationalisierung der örtlichen Stahlproduktion. Auch diese Geschichte wurde in Dortmund inzwischen beendet. Am 28. April 2001 wurde der letzte Ort, an dem in Dortmund Eisen geschmolzen wurde – die Westfalenhütte –, geschlossen. Auch die Bierbrautradition neigt sich ihrem Ende zu. Im Minutentakt hat im April 2004 eine Abrissbirne in die alten roten Backstein-Gemäuer der ehemaligen Dortmunder Union-Brauerei nahe des Hauptbahnhofes eingeschlagen. Unter den gewaltigen Schutthaufen verschwanden in wenigen Stunden Tausende Arbeitsplätze.

Dem Niedergang der traditionell strukturprägenden Sektoren begegneten die lokalen Gewerkschaftsgliederungen auf eine doppelte Weise. Zum einen mit Gegenmacht und Kampf: die infolge von Kapitalkonzentration („je ein Kapitalist schlägt viele tot“, MEW 23: 790) erfolgte Entscheidung der Schließung des Stahlstandorts Dortmund 1997 wurde zum Auslöser für eine Bewegung, in der es in einem einwöchigen Streik gelang, dem strukturprägenden Konzern Regionalverpflichtungen aufzuerlegen (Schaffung von 3.600 Ersatzarbeitsplätzen in der Stadt bis zum Jahr 2001). In diesem Zusammenhang entstand früh ein professionelles Netz von Auffang- und Qualifizierungsgesellschaften. Zum anderen entwickelten die Gewerkschaften (in Kooperation mit ISA-Consult, dem Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen und der Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund) eigene konzeptionelle Überlegungen zur Regionalisierung der Industrie- und Strukturpolitik und meldeten damit einen „massiven strukturpolitischen Gestaltungsansatz“ an. Dieser Ansatz entwickelte sich in Auseinandersetzung mit der regionalisierten Strukturpolitik des Landes, die immer noch stark mit Infrastrukturmaßnahmen klassischen Zuschnitts verbunden war: „Strukturpolitik ist für die immer Beton: Straßenbau, Gebäude und so: Infrastruktur. Das war da sehr stark drin... Industriepolitik war da im Kern nicht drin“, so der regionale DGB-Vorsitzende. Der strukturpolitische Gestaltungsansatz der Gewerkschaften zielte mit dem Clusterbegriff dabei schon früh darauf, neue industrielle Spezialisierungsprofile der städtischen Ökonomie zu erschließen.

In *Nürnberg* ist die ökonomische Struktur der Stadt durch die Elektroindustrie dominiert. Die fordistische Expansion der Nachkriegszeit und die sich in ihr entfaltende Nachfrage nach dauerhaften Massenkonsumgütern wurden in Nürnberg zu Triebkräften einer Prosperitätskonstellation, in der vor allem die regionale Elektroindustrie durch die Umsetzung tayloristisch-fordistischer Produktionskonzepte einen dauerhaften Aufschwung erfuhr. In diesem Wachstumsmodell entstanden in der Region größere Betriebseinheiten wie der Hausgerätehersteller AEG oder die Unterhaltungselektronik bei Grundig. Diese Branchenstrukturen wurden neben dem Industriegiganten Siemens zum Profilträger der Region. Kündigte sich der Strukturwandel in Dortmund mit den Krisen zunächst im Bergbau, dann im Stahlbereich relativ früh an, wurde dieser Prozess in der Region Nürnberg erst in den 1980er Jahren in Gang gesetzt und mündete in eine sehr spezifische Dynamik der Fremdbestimmung. Als besonderes Problem erwies sich die Konzernabhängigkeit regionaler Produktionsstätten (70% der Unternehmen haben ihren Stammsitz außerhalb Nürnbergs, zudem sind einstige lokale Familienunternehmen in internationalen Kontext aufgegangen). Im Unterschied zu Dortmund verlief der Beschäftigungsabbau in den

strukturprägenden Unternehmen aber weniger dramatisch. Anders als in Dortmund, wo das Gewicht des einst dominierenden Dreiklangs auch innerhalb des industriellen Sektors rapide abnahm, behielt die in der Industrieregion Nürnberg dominierende Branche der Elektrotechnik ihr relatives Gewicht auch innerhalb des industriellen Sektors. Vor diesem Hintergrund kann man mit einiger Berechtigung noch immer von einer industriellen Monokultur sprechen.

Faktische und drohende Entlassungen bildeten dennoch den entscheidenden Anlass zur Begründung einer von der örtlichen IG Metall initiierten gewerkschaftlichen Regionalpolitik, die wesentlich auf zwei Säulen aufbaute. Zum einen sogenannte Projektbetriebe, in denen ein auf partizipativen Arbeitsformen und kooperativen innerbetrieblichen Arbeitsbeziehungen beruhender „hoher Weg“ industrieller Restrukturierung beschritten werden sollte. Mittels innovativer Arbeitspolitik in den Betrieben sollte die Position der örtlichen Industrie in der Hierarchie internationaler Arbeitsteilung stabilisiert werden. Zum anderen Netzwerkstrukturen, mit deren Hilfe die örtliche IG Metall versuchte, eigenständige Formen der Krisenabfederung (Beschäftigungsgesellschaft GPQ) und der betrieblichen Modernisierung (Beratergesellschaft ffw) zu praktizieren und darüber hinaus Einfluss auf die Wirtschaftsförderung (Kooperation mit dem IMU-Institut) auszuüben. Im Unterschied zu Dortmund zielten die gewerkschaftlichen Aktivitäten weniger darauf, neue Spezialisierungsprofile zu generieren, sondern darauf, einen inkrementellen Wandel der städtischen Ökonomie zu ermöglichen.

In *Chemnitz* konstituierte sich die gewerkschaftliche Regionalpolitik auf der Grundlage einer äußerst erfolgreichen Protestmobilisierung gegen die vorherrschenden Privatisierungsstrategien der Treuhand, die der „Wiege des deutschen Maschinenbaus“ den Garaus zu machen drohte. Von den ehemals 3.500 Beschäftigten des VEB Sachsenhydraulik blieben 1994 noch 270 übrig. Bei dem VEB Numerik mit ehemals 2.500 Beschäftigten ging die Zahl auf 900 zurück. Im Arbeitsamtsbezirk Chemnitz wurde die Anzahl der abhängig Beschäftigten zwischen 1990 und 1998 halbiert (von 233.205 auf 118.908). Die Beschäftigungsentwicklung bei den Finalproduzenten des Werkzeugmaschinenbaus verlief noch dramatischer: die Beschäftigtenzahlen gingen von 10.700 (1990) auf 948 (1997) zurück, im Textilmaschinenbau von 9.900 auf 889.

Die Aktivitäten der örtlichen IG Metall zielten auf den „Erhalt industrieller Kerne“ der städtischen Ökonomie. Unter der Devise „Kampf organisieren, Bewegung erzeugen, dann politischen Druck ausüben und schließlich die Hand ausstrecken für Kooperationen“ – so der örtliche IG Metall-Bevollmächtigte – wurde bereits 1992 mit der Gründung eines sektoralen Interessenverbandes der wohl einmalige regionalpolitische Fall eines von Gewerkschaftsseite gegründeten Unternehmensnetzwerks implementiert. Mit dem Abschluss der Privatisierungen Mitte der 1990er Jahre war diese ursprüngliche Konstellation jedoch zerfallen. Aufgrund der Auflösung des „gemeinsame Feinds Treuhand“ differenzierte sich die Interessenlage aus. Gewerkschaftliche Forderungen nach Tarifverträgen führten zur Aufkündigung der ursprünglichen Kooperationsstruktur. Die örtliche IG Metall forcierte seit 1996 den Aufbau eines um die Gewerkschaften organisierten Netzwerkes. Unter dem Druck der Verhältnisse, in denen gescheiterte Privatisierungen und drohende Insolvenzen regionaler Unterneh-

men permanent wurden, gelang es, einen Zusammenschluss zwischen lokaler IG Metall, einer Unternehmensberatung und dem Arbeitsamt zu erreichen („Chemnitzer Konsensmodell“). Diese Akteure kooperieren bei der Sanierung angeschlagener Betriebe aus dem Bereich Produktion und produktionsnahe Dienstleistungen. Sanierungen sind mit der Gründung von Beiräten verknüpft, die die Sanierungsschritte der Unternehmen überwachen.

Allen Untersuchungsregionen ist gemein, das die Konstitutionsphase gewerkschaftlicher Regionalpolitik noch in einem hohen Maße von gewerkschaftlicher Mobilisierungs- und Konfliktfähigkeit geprägt war. Sie bildete den Humus, auf dem kompromissgestützte oder konsensuale Arrangements im Verhältnis von Kapital, Arbeit und lokalem Staat gesucht wurden. Dieser „neue Spagat“ in der Gewerkschaftspolitik geht einher mit einer netzwerkartigen Organisation gewerkschaftlicher Politik, die in Kooperation mit arbeitsorientierten Forschungs- und Beratungseinrichtungen entwickelt und implementiert wird. Unterschiedlich entfalten sich jedoch die kooperativen Formen zwischen dem gewerkschaftlichen Netz und den städtischen Ämtern für Wirtschaftsförderung. Das Spektrum reicht von Formen ausgeprägter Beteiligungskulturen in lokalen Institutionensystemen (Dortmund), über selektive Kooperationen (Nürnberg) bis zu Abstinenz und weitgehend autonomen Formen gewerkschaftlicher Industrie- und Strukturpolitik (Chemnitz). In einer vergleichenden Perspektive erscheinen die von uns untersuchten drei Regionen so in gewisser Weise als Kontrastfälle: Die Felder, auf denen die gewerkschaftlichen Akteure aktiv sind, ähneln einander (vor allem Krisenabfederung und partizipative Modernisierung der Betriebe); Praktiken und institutionelle Einbindungen unterscheiden sich jedoch erheblich voneinander.

Im Kern lassen sich zwei Grundstrukturen erstrittener Regulation ausmachen: *erstens* haben die Gewerkschaften eigensinnige Vorstellungen von „regionaler Strukturpolitik“ in die Debatte um die „Regionalisierung der (Struktur-)Politik“ eingebracht und so eine stärkere Branchen- bzw. Clusterorientierung regionaler Wirtschaftspolitik bewirkt. Regionale Wirtschaftspolitik wurde stärker auf die Bearbeitung „endogener Potenziale“ verpflichtet, statt sich im Standort-Marketing und der Ansiedlung auswärtiger Unternehmen zu erschöpfen. Die Region schien ein geeigneter Anknüpfungspunkt, die Muster tradierter Ansiedlungs- und Standortpolitik aufzubrechen. Der lokale Staat konnte den Gegenstand seines Politikfeldes weiter zu fassen als bisher und sich verstärkt auf die regionalspezifischen wirtschaftlichen und sozialen Struktur- und Entwicklungszusammenhänge konzentrieren. Erst durch die Erweiterung auf die Regulierung von regionalen Arbeits- und Unternehmensbeziehungen konnte er seine neue Funktion als „Hüter“ territorial integrierter Produktionskomplexe (Cluster) und als „kreativer Akteur“ in der Schaffung innovativer industrieller Organisationsbeziehungen und firmenübergreifender Interaktionsmuster wahrnehmen (Krätke 1995). *Zweitens* basiert diese Clusterorientierung regionaler Wirtschaftsförderung in allen Untersuchungsregionen auf einem erstrittenen Kompromissgleichgewicht, das einen regionalen policy-mix konstituiert. Strategien der Unternehmensvernetzung und -modernisierung werden mit Instrumenten der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik angereichert (Auffanglösungen und Aus- und Weiterbildungsprogramme), die aus der Grundlage von

Aushandlungen implementiert werden. Darüber hinaus werden – regional mit unterschiedlicher Intensität – Maßnahmen initiiert, die nicht auf eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zielen, sondern auch eine „Kultur des Dritten Sektors“ entstehen ließen.

3.2 Governancestrukturen und Regulationsprozesse: Clusterpolitik im Vergleich

“The proof of the pudding is in the eating” (MEW 22: 296). Gewerkschaften können in den von uns untersuchten Regionen für sich beanspruchen, im Rahmen einer erstrittenen Regulation des Raumes eine stärkere Branchen- bzw. Clusterorientierung der regionalen Wirtschaftsförderung durchgesetzt zu haben. Können aber die Gewerkschaften ihren Einfluss in den Governanceformen der Clusterpolitik auf Dauer stellen? Dieser Frage möchte ich in einer vergleichenden Analyse der regionalen Governancestrukturen und der Regulationsprozesse nachgehen.

In *Dortmund* entwickelt sich sicherlich der ambitionierteste Versuch städtischer Clusterpolitik. Clusterpolitik bezeichnet hier einen Versuch der lokalen Politik, neuartige Vernetzungen zwischen lokalen Akteuren (unter explizitem Einschluss der Gewerkschaften) zu erzeugen, die sich gemeinsam auf Zukunftsfelder der Wirtschaftsentwicklung einigen. Deswegen sei „es natürlich richtig zu sagen, es handelt sich um so etwas wie Investitionslenkung“ – nur diese komme „nicht mehr vom Staat, sondern wird im Rahmen der Cluster-Strukturen selbst erzeugt“, so der konzeptionelle Kopf der Dortmunder Cluster-Philosophie. Seit dem Jahr 2000 wird clusterpolitisches Denken in der Stadtregion im *dortmund-project* gebündelt. Das ambitionierte Projekt soll die „Entwertung“ des Stahlstandortes Dortmund mit einer strategischen Verlagerung wirtschaftlicher Schwerpunkte beantworten. In ausgewählten wissensintensiven Führungsbranchen sollen bis zum Jahr 2010 70.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Die wirtschaftsfördernden Aktivitäten konzentrieren sich auf diese Zukunftsbranchen. Durch sie sollen sich eigenständige Wachstumsstrukturen, sogenannte „clusters of industry“, herausbilden. Von ihnen werden innovations- und wettbewerbsstärkende Effekte für alle anderen Branchen in der städtischen Ökonomie erwartet.

Die industriepolitischen Ziele des *dortmund-projects* sind inzwischen auf eine Vielzahl von Einzelprojekten herunter gebrochen. Dies bildet die erste zentrale Säule der strategischen Clusterpolitik in Dortmund. Möglich wird dieser industriepolitische Ansatz vor dem Hintergrund einer Förderkulisse des Landes, die der Projektumsetzung einen Mittelzufluss von mehr als 50 Mio. Euro binnen zehn Jahren sichert. Organisatorisch konzentrieren sich die Aktivitäten auf Ausrüstung, Beratung und Unterstützung von Unternehmen in den Bereichen e-commerce/Informationstechnologie („e-factory“), Mikrosystemtechnik („MST-factory“) und Logistik („e-port dortmund“). Organisatorisch arbeiten die operativen Einheiten als private GmbHs. Zu ihren wesentlichen Instrumenten zählen Gründungswettbewerbe, in denen mittels intensiver Betreuung oft noch relativ vage Geschäftsideen in Unternehmensgründungen überführt werden sollen. Wir treffen hier auf eine Form staatlicher Förderpolitik, die den tradierten Korporatismus in gewisser Weise transformiert. Einerseits knüpft sie durchaus an diese

korporatistische Tradition an, wenn sie z.B. für junge Unternehmensgründer eine umfassende Unterstützung aufbaut („Wir sind Herbergsväter, nur dass wir abends nicht mit der Klampfe aufspielen, ansonsten aber eine Rundumbetreuung machen“). Andererseits – und das ist das Neue – ist diese Unterstützung strikt darauf ausgerichtet, *private* unternehmerische Initiative zu fördern. M.a.W.: Die Gründer müssen sich mit ihren Unternehmen früher oder später aus eigener Kraft am Markt behaupten. Der lokale Staat gewährt lediglich Hilfe bei der Erschließung einer Marktchance. Zeigen die geförderten Initiativen nicht die gewünschten Effekte, wird ihnen die Unterstützung früher oder später entzogen.

Formal ist das dortmund-project als GmbH durch seine Ansiedlung bei der städtischen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in die politische Struktur der Stadt integriert. Es ist dem vom Rat der Stadt eingesetzten Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung rechenschaftspflichtig. Zur Realisierung der Public-Private-Partnerships (PPP), in denen die Einzelprojekte bzw. operativen Einheiten organisiert sind, wurde die Dortmund-Stiftung gegründet. Rund 100 Stifter haben dazu beigetragen, dass die Stiftung über ein Stiftungskapital von über 1,5 Mio. Euro verfügt. Die Dortmund-Stiftung hält 100% der Anteile an der im Juli 2000 gegründeten dopro Beteiligungs-GmbH. Diese wiederum ist zu 50% an der MST-factory und dem e-port-dortmund beteiligt. Gewerkschaften sind hier nicht vertreten. Die PPPs unterstehen zwar den Kontrollstrukturen des dortmund-projects; die Gesellschafter aber bestimmen den Kurs. In den wichtigsten Gremien des dortmund-projects (Steuerungskreis, Lenkungsausschuss) ist dagegen der DGB-Vorsitzende präsent. Durch diese – und weitere, informelle – Kontrollstrukturen werden die Einzelprojekte strikt auf beschäftigungspolitische Ziele verpflichtet („Du kannst hier nichts machen, wenn Du nicht gleichzeitig sagst, wieviel Arbeitsplätze Du hier schaffst“)².

Eine zweite Säule bildet der systematische „technological spillover“. Der Ausbau Dortmunds zum Wissenschaftsstandort fungiert als ein integraler Bestandteil der lokalen Modernisierungsstrategie. Bereits 1981 nahm das Fraunhofer-Institut für Transporttechnik und Warendistribution in Dortmund seine Arbeit auf. Die Dortmunder Universität verfügte zu diesem Zeitpunkt noch über kein eigenständiges Profil. Sukzessive wurde jedoch der Studiengang Informatik ausgebaut. Der Fachbereich Informatik ist heute von den insgesamt 16 Fachbereichen der Universität Dortmund mit ca. 22 Professoren und über 100 Mitarbeiter einer der größten nicht nur der Dortmunder Universität. Die politisch herge-

² So gelang es in Dortmund auch lange Zeit, Fördermittelvergabe und modernisierungs- und beschäftigungspolitische Aspekte des Strukturwandels auch institutionell zu integrieren. Die Dortmunder „ESF-Konsensrunde“ arbeitet schon seit 1990 als lokale Arbeitsmarktkonferenz, die von der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Dortmund geschäftsführend betreut wird. Mit dem „Kommunalen Arbeitsmarktfonds“ wurde darüber hinaus ein Instrument geschaffen, das zur finanziellen Absicherung des „Dortmund Konsenses“ eingesetzt werden kann. Der „Kommunale Arbeitsmarktfonds“ ist ein aus städtischen Mitteln gespeistes Förderprogramm, das Projekte zur Integration von arbeitslosen Menschen in den Arbeitsmarkt unterstützt. In Kooperation mit den Dortmunder Arbeitsmarktakteuren und in Kombination mit Fördermitteln der EU, des Bundes, des Landes sowie des Arbeitsamtes Dortmund werden Projekte gefördert, die auf die soziale Kohäsion in der Stadt zielen.

stellte Kompatibilität von Forschung und lokalen Clustern resultiert aus Erfahrungen, die in der Gründung von Technologiezentrum und Technologieparks Mitte der 1980er Jahre gesammelt wurden. Beide Gründungen waren von struktur- und technologiepolitischen Bemühungen getragen. Beim Technologiezentrum wurden früh „hohe Ansprüche für die Zulassung“ formuliert, „um Synergieeffekte zu erzeugen“: Es wurde „nicht jeder da zugelassen, sondern wir haben versucht, das zu strukturieren und haben auch ganz rigoros die Aufenthaltsdauer im Technologiezentrum zu begrenzen versucht, so dass auch immer neuer Nachschub sichergestellt werden kann“.

Auffällig ist, dass der neue Spezialisierungsprofile erschließende Clusteransatz in Dortmund von einer ausgeprägten lokalen Konsenskultur getragen wird. Dieser „Veränderungskonsens“, der aus der Erosion der montanindustriellen Hegemonie resultiert, schließt einen „Methodenwechsel“ der regionalen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung ein. In einem schmerzhaften Prozess mussten die Akteure, auch die Gewerkschaft, lernen, dass die im Stahlbereich im Zuge der Fusion von Thyssen und Krupp erstrittenen „Ersatzarbeitsplätze“ keine dynamischen Beschäftigungsfelder bezeichneten. Tragendes Element für die Konsensfähigkeit war jedoch, dass auch die neuen Spezialisierungsprofile der städtischen Ökonomie in ein beschäftigungspolitisches Controlling eingebunden wurden. Diese Integration beschäftigungspolitischer Ziele bietet den beteiligten Gewerkschaften Ansatzpunkte, um das proklamierte „schnelle Dortmund“ (Orientierung auf Zukunftsfelder) immer wieder mit der eigenen Vision eines „sozialen Dortmund“ (Orientierung auf soziale Kohäsion in der Stadt) zu konfrontieren. Dennoch gibt es Bruchstellen innerhalb des städtischen Konsenses: In der Definitionsphase regionaler Clusterpolitik und in den oberen Steuerungsgremien der konzeptionellen Clusterpolitik lassen sich Elemente einer ausgeprägten Beteiligungskultur von Gewerkschaften nachweisen; auf der operativen Ebene der Umsetzung von Clusterprojekten in den PPPs jedoch schwindet sowohl Einfluss wie formale Beteiligung der Gewerkschaften. Dass dabei gewerkschaftspolitische Ziele kaum berücksichtigt werden, wird als in der „Natur der Sache“ begründet gesehen: „Das müssen Sie verstehen, dass wir bei dem, was wir tun, die Gewerkschaften nun wirklich nicht im Kopf haben. Hier geht es um die Unternehmen“. Zudem birgt die strikt modernisierungspolitische Ausrichtung der Wissenschaftspolitik die Gefahr in sich, dass das bisherige Profil des wissenschaftsgestützten, auch an der Universität noch verankerten arbeitsorientierten Controllings schwächer, die instrumentelle Ausrichtung des Wissenschaftssystems jedoch stärker wird.

In *Nürnberg* sprechen die regionalen Akteure nicht von Clustern, sondern von Kompetenzfeldern und Kompetenzinitiativen. Nichtsdestotrotz lassen sich auch in Nürnberg Ansätze einer konzeptionellen Clusterpolitik aufzeigen, die auf die von den Gewerkschaften erstrittene Regulation zurückgeführt werden können. Kompetenzfelder bezeichnen Zusammenschlüsse von Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen, Gewerkschaften und lokaler Politik, die Schwerpunkte der regionalwirtschaftlichen Entwicklung definieren und in Projektform gießen. Der hohe Anspruch einer Investitionslenkung wird – im Unterschied zu Dortmund – jedoch nicht formuliert.

Die Kompetenzinitiativen werden anhand unternehmerischer Kriterien (Umsatz, Profitabilität) geführt. Sie sollen Projektmittel akquirieren, Technologieförderung betreiben, regionale Kooperationsvorteile erschließen und das „Standortmarketing“ verbessern. Die implementierten Kompetenzfelder IuK-Technologie (*Nürnberger Initiative für die Kommunikationswirtschaft*, NIK) und Medizintechnik (*Initiative Life Science*) entsprechen einer Schwerpunktsetzung, wie sie in der High-Tech-Offensive des Landes Bayern vorgeschlagen wurde. Die Kompetenzfelder Energie (Initiative *EnergieRegion*) und Verkehr (Initiative *Neuer Adler*) sind hingegen regionale Eigenschöpfungen auf Initiative der IG Metall, die auf einen inkrementellen Wandel gewachsener industrieller Strukturen zielen. Die Kompetenzinitiativen sind vereinsförmig organisiert, die Kooperationsstrukturen im Vereinskontext jedoch oft „extrem hierarchisch“. Die Vorstände bestellen die Geschäftsführung. Im Fall „Neuer Adler“ wurden die drei bisherigen Geschäftsführer von Siemens für diese Tätigkeit freigestellt. Gewerkschaftliche Beteiligung ist formell in allen Initiativen möglich, konzentriert sich faktisch aber auf die Initiative im Energiebereich („Hier ziehen Gewerkschaften und Unternehmen an einem Strang“), während sich die im Vorstand des Neue Adler vertretene IG Metall seit geraumer Zeit „auffällig abstinert“ verhält. Ähnlich wie in Dortmund wird jedoch auch eingeräumt, dass dies möglicherweise in der „Natur der Sache“ liege. Im unternehmerisch geprägten Vorstand gehe es primär im Umsatz, Gewinn und Transportleistungen, während man „den Faktor Arbeit“ eher vernachlässige. Im Unterschied zu Dortmund herrscht über Beschäftigungseffekte der Clusteraktivitäten in den Kompetenzinitiativen bislang völlige Unklarheit. Obwohl – wie im Fall EnergieRegion – konzeptionell in der Offensive, gelingt es der IG Metall auch in diesem Kompetenzfeld kaum, ihre beschäftigungspolitischen Ziele für alle Beteiligten verbindlich zu machen. Dennoch werden aus den Geschäftsführungen der Kompetenzinitiativen immer wieder Stimmen laut, die ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften befürworten – auch, weil der Stadt die Fähigkeit zu einer effektiven Standortpolitik zunehmend abgesprochen wird. Auch könne die IG Metall eine gewichtige Rolle bei der Implementation beschäftigungspolitischer Ziele spielen.

Zwar resultiert auch der Nürnberger Kompetenzfeldansatz aus einer Konzertierung der gesellschaftlichen Kräfte. Als Resultat langwieriger Kompromissbildungen entstanden, konnte – anders als in Dortmund – aber kein verbindlicher regionalpolitischer Konsens ausgebildet werden. Hinter den Institutionen und Begriffen, die den regionalen Konsens ausdrücken sollen, verbergen sich Zielsetzungen und Strategien, die nicht immer miteinander in Einklang zu bringen sind. Im Unterschied zum Dortmunder „Veränderungskonsens“ basiert der Nürnberger Kompromiss auf divergierenden Regionalisierungsinteressen. Während der industriepolitische Ansatz der IG Metall mit den Kompetenzfeldern der Energie- und Verkehrswirtschaft eigentlich Instrumente der Krisenintervention schaffen wollte, um einen inkrementellen Wandel der städtischen Ökonomie zu ermöglichen, folgen die realisierten Kompetenzinitiativen in ihrer Handlungslogik zunehmend weniger dieser Logik. Die Kompetenzinitiativen werden zunehmend auf eine strikte Modernisierungspolitik orientiert, die ihren Verfechtern ohnehin als bessere Krisenprävention gilt. Die IG Metall erscheint dann als Sachwalterin strukturkonservativer Interessen, weil sie immer wieder versuche, „Kompetenzinitiativen zur Krisenintervention zu instru-

mentalisieren, was nicht geht: das können die nicht!“. Finanziert wird primär, was zur weltmarktorientierten Schwerpunktsetzung des Landes passt. Die Verlierer der Modernisierung geraten in dieser Förderkulisse weitgehend aus dem Blick. Unter dem Motto „von der Bestandspflege zum ‚Relationship-Management‘“ wird die Neuorientierung der Wirtschaftsförderung systematisch vorbereitet, die Kompetenzinitiativen sollen im Sinne einer strikten Wettbewerbsorientierung weiter entwickelt werden.

In der Konsequenz stoßen Bemühungen um einen inkrementellen Wandel in Nürnberg, der auf eine Sicherung und Modernisierung gewachsener industrieller Strukturen zielt, immer häufiger an Grenzen. Dies nicht zuletzt, weil – auch hier im Unterschied zu Dortmund – in der Region keine integrierte Struktur- und Technologiepolitik auf den Weg gebracht wurde. In den meisten Kompetenzfeldern ist es bislang nicht gelungen, die zentralen Branchen durch mit Hilfe des vor Ort erzeugten wissenschaftlichen Wissens in moderne Leitsektoren zu verwandeln, die als Träger einer neuen Wirtschaftsdynamik fungieren könnten. Es kranke vor allem (mit Ausnahme der Medizintechnik in Erlangen) an einer parallelen F&E-Aktivität zu den Kompetenzinitiativen. Plastisch hebt dies ein Gewerkschafter am Beispiel des Kompetenzfelds Energiewirtschaft hervor. Um sich im „interessanten Markt“ für Umwelttechnik behaupten zu können, sind technische Innovationen gefordert, für die es jedoch in der Region an der nötigen wissenschaftlichen Infrastruktur mangelt: „Da hat die Region alle Kompetenzen. Das ist europaweit, wenn nicht weltweit hier Zentrum für Energietechnik. Und dann kommen die Defizite. Wir haben keine wissenschaftlichen Ressourcen in diesem Bereich. Wir haben in den Industriebereichen, die wir hier haben, gar keine Lehrstühle. Also mit Abstand die größte Anzahl an Industriebeschäftigten, aber die dürftigste Ausstattung an wissenschaftlicher Infrastruktur... Dagegen haben wir zwölf Lehrstühle im Bereich Festkörperphysik und Halbleitertechnik. Das ist interessant, da haben wir aber keine Fabriken“.

In *Chemnitz* fallen die Aktivitäten der regionalen Wirtschaftsförderung deutlich hinter das in Nürnberg und Dortmund erreichte Niveau zurück. Die unternehmerischen Netzwerkbildungen sind primär außeninduziert, d.h. sie entstehen als Ergebnis von in Aussicht gestellten bzw. bewilligten Fördergeldern. Entsprechend werden die Steuerungsleistungen des lokalen Staats gering veranschlagt. Gerade netzwerkartige Organisationsformen in Ostdeutschland operieren nach einer anderen Logik als der einer politischen Steuerung: „Das ist ja so: Du kannst das ja auch nicht richtig steuern. Hier bilden sich diese Kooperationsverbände: Maschinenbau oder Automobilzuliefererinitiative. Dann wird eine Geschäftsführung oder ein Vereinsvorstand eingesetzt und dann melden sich die Vergessenen, dass sie auch mitmachen wollen. Wie willst du das steuern? Man ist froh, dass jeder, der da halbwegs reinpasst, dazukommt. Das hat dann aber meist keinen regionalökonomischen Bezug mehr“. Auf diesem Hintergrund bietet die Wirtschaftsförderung vor allem „Standardprodukte, die jede Wirtschaftsförderung drauf hat“ – so der inzwischen abgelöste Leiter der städtischen Wirtschaftsförderung. Die eigentliche Aufgabe bestünde darin, die Unternehmen „an die Fördertöpfe heranzuführen“.

Eine konzeptioneller Ansatz der Clusterpolitik konnte sich nicht durchsetzen. Dies auch deshalb, weil die im Kontext der außeninduzierten Vernetzung von Unternehmen entstandenen Kooperationen ein-

seitig auf Optimierung des Marktauftritts bzw. Verbesserung der technologischen Konkurrenzfähigkeit zielten. Als ein politisches Konzept, mit dem die regionale Beschäftigungskrise zu überwinden sei, haben sich diese Verflechtungszusammenhänge nie verstanden. Nach einhelliger Ansicht verläuft die Gründung solcher Kooperationen zu beliebig, als dass nachhaltige Impulse von ihnen ausgehen könnten („Fördertopfabgreif-Netzwerke“ und „keksfressende Beiratssitzungen“). Die städtische Wirtschaftsförderung agiert zwischen der Landes- und Bundesförderung auf der einen und heterogenen, nicht konsens- oder kompromissgestützten regionalen Akteurskonstellation auf der anderen Seite. Zwischen den Optionen „Stabilisierung und Erhalt industrieller Kerne“ (IG Metall) und „Technologieförderung für Unternehmen“ (Förderkulisse) kann sie, trotz punktueller Kooperationen mit dem gewerkschaftsnahen Netz, kaum Bindung erzeugen. Offen wird inzwischen über die Zusammenlegung der Wirtschaftsförderungen von Chemnitz und Zwickau diskutiert, die eine Profilierung als „Automobilzulieferstandort“ vorantreiben soll.

3.3 Lokale Regulationsdispositive und ihre Bestimmungsfaktoren

Gemeinsam ist den Untersuchungsregionen, dass alle Regulationsdispositive, die in den 1990er Jahren zur Entfaltung gebracht wurden, in gewisser Weise im Regulationsprozess zur Disposition gestellt werden. Die Weichenstellungen weisen in allen Regionen in eine ähnliche Richtung. An die Stelle von Strategien der Krisenintervention (Nürnberg), der Arbeits- und Beschäftigungsorientierung (Dortmund) oder dem Erhalt industrieller Kerne (Chemnitz) tritt ein globalisierungs- und förderkulissengetriebenes und -orientiertes Veränderungsmanagement, das mit Hilfe von Private Public Partnerships (PPP) betrieben wird und das einseitig auf die Modernisierung betrieblicher Strukturen zielt. Eine solche Wettbewerbspolitik ist vor allem auf eine starke, d.h. auch effiziente Exekutive angewiesen. Strategische Bündnisse mit den Gewerkschaften gehören nicht zu ihrem Repertoire. Die neuen Steuerungsformen erscheinen vielmehr als Ausdruck der Abkehr von der Stadt als lokaler Verwaltungsstruktur des nationalen Sozial- und Wohlfahrtsstaats hin zum „Unternehmen Stadt“ – als Versuch lokaler Eliten, sich unter Wettbewerbsbedingungen neu zu profilieren.

Grundsätzlich werden in PPPs unterschiedliche Kapitalfraktionen, staatliche und parastaatliche Institutionen und weitere Gruppen in die Gestaltung einzelner Projekte eingebunden. In Nürnberg sind die Gewerkschaften an den meisten Kompetenzinitiativen – formal – beteiligt; in Dortmund agieren die operativen Einheiten ohne sie. PPPs müssen so nicht zwangsläufig einer Logik der Ökonomisierung folgen; sie sind aber abhängig von lokalen Machtverhältnissen und „Akzeptabilitätsregimen“, die sich in unseren Untersuchungsregionen zunehmend zu Lasten der Gewerkschaften wandelten. Sofern hier Verschiebungen stattfinden, wird der lokale Staat zum Ensemble von Service-Agenturen. In ihm kommt dann eine Vermarktlichung des Staatsapparats zum Ausdruck. Die raison d’être solcher Agenturen sind Business-Pläne; ihre Handlungslogik folgt einem „Positivismus der Geschäftsführer“ (Röttger 2001). Gewerkschaftliche Kernfunktionen wie die De-Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft

(Sauer 2003), die historisch nur in einem komplexen Zusammenwirken von betrieblichen und überbetrieblichen Strategien und Strukturen erreicht werden konnte, werden dagegen entwertet.

Mit dieser Dynamik verlagern sich die politischen Arenen der „Regionalisierung“ zunehmend auf attraktive städtische Standorte. Im Vordergrund stehen standortpolitische Ziele; Lösungen für städtische Problemgebiete oder benachteiligte soziale Gruppen werden untergeordnet. Ein solcher Funktionswandel hin zum regionalen „Wettbewerbsstaat“ ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass alle sozialen Sphären auf das Ziel einer globalen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden (Hirsch 1995: 109) – eine Tendenz, die in allen Untersuchungsregionen zu beobachten ist. Die Regulationsverhältnisse in den „von unten“ geschaffenen Institutionen werden geschliffen; neue Modernisierungsagenturen der Ökonomie entstehen. Ein Kompromissgleichgewicht gerät aus der Balance.

Die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung *Dortmund* fungiert (noch) quasi als der institutionelle Ausdruck eines gesellschaftlichen Kompromissgleichgewichts, der in den Dortmund Konsens mündete. Dieser Typus des industriepolitischen Engagements besitzt in der Region eine längere Vorgeschichte. Er ist bei der Überwachung von Konzernverpflichtungen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wie auch bei der Gründung des Technologiezentrum und des Technologieparks bereits erfolgreich praktiziert worden. Gestützt wird dieser integrative Politikansatz durch eine enge Verzahnung von Cluster- und Hochschulpolitik. Das regionale Regulationsdispositiv in Dortmund war lange Zeit durch eine gleichgewichtige Struktur von Wirtschaftsförderung und Beschäftigungspolitik charakterisiert. Doch in Dortmund werden die Fundamente dieses Dispositivs zunehmend brüchig. Denn mit der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik „nach Hartz“ gehen die Förderbedingungen für die Entfaltung des lokalen „Dritten Sektors“, der lange Zeit ein integraler Bestandteil des Dortmunder Konsenses war, sukzessive verloren. Geschaffene Institutionen werden zunehmend als „Arbeitslosenindustrie“ verunglimpft. Hinzu kommt, dass sich auf der Projektebene Initiativen entwickeln, die zunehmend an den Gewerkschaften vorbei laufen. Viele „moderne Wirtschaftssektoren“ der städtischen Ökonomie entwickeln sich gewerkschafts- und mitbestimmungsfrei. Noch ist der „Dortmund-Konsens“ einigermaßen stabil. Aber es zeichnen sich deutliche Risse ab, deren Konsequenzen für den „Dortmunder Weg“ noch nicht absehbar sind.

Auch in *Nürnberg* steht das im Rahmen der erstrittenen Regulation ausgebildete Regulationsdispositiv zur Disposition. Die Gründe hierfür sind jedoch andere: zum einen ist in Nürnberg die erste Säule gewerkschaftlicher Regionalpolitik faktisch weggebrochen. Projektbetriebe, in denen der Pfad einer „high-road“-Modernisierung unter Beteiligung gewerkschaftlicher Interessenvertretungen als Instrument einer Krisenüberwindungsstrategie fungierten, existieren nicht mehr. Der „roll back“ in der betrieblichen Arbeitspolitik macht auch vor den Toren Nürnbergs nicht halt. Zum anderen macht sich zunehmend ein Weltmarktintegrationsmodus negativ bemerkbar, der durch „externe Kontrolle“ charakterisiert ist. Um „fokale Unternehmen“ gruppierte Kompetenzinitiativen geraten an Grenzen, sofern das „fokale Unternehmen“ infolge der Reorganisation globaler Unternehmenstrukturen „vor Ort“ einbricht (AdTrans, Lucent, Alstom Power). Ein örtlicher Wirtschaftsförderer spricht von „Schneeverwe-

hungen“, die durch die Globalisierung der Wirtschaft verstärkt in die Region hineingetragen werden und die mit dem Instrumentarium der regionalen Industrie- und Strukturpolitik nicht mehr geräumt werden können. Standortentscheidungen der Konzerne entziehen sich zunehmend dem regionalen Einfluss. Dieser kann sich allenfalls noch in Strategien der „Stärkung der ohnehin Starken“ Ausdruck verschaffen – eine „grundsätzlich andere Party“ als die der Krisenintervention. Damit entstehe – so der Wirtschaftsförderer weiter – „eine verkürzte Verfallzeit gemachter und dann gebrochener Versprechen“. Gerade in Nürnberg zeigt sich, dass das „neue Marktregime“ (Dörre/Röttger 2003) nicht nur die Erprobung, Durchsetzung und Absicherung neuer Produktionskonzepte impliziert, sondern in einen Umbau des Regulationsgefüges gesellschaftlicher Arbeit eingewoben ist. Der Fall Nürnberg zeigt auch, dass die lokalen/regionalen Regulationsinstanzen strukturell begrenzt bleiben und nicht als Surrogat einer fehlenden makroökonomischen Regulation fungieren können.

In *Chemnitz* schließlich stoßen die weitgehend autonomen Interventionsformen des „Chemnitzer Konsensmodells“ an Grenzen. Sie sind allein auf Mechanismen der Krisenabfederung und der Sanierung angeschlagener Betriebe ausgerichtet. Mit der angestrebten Neupositionierung der Industrieregion Chemnitz als Automobilzulieferregion entstehen jedoch andere Problemkonstellationen, die sich den Netzwerkaktivitäten weitgehend entziehen. Die Reorganisationsrealität in der Region wird weniger von den Strukturen lokaler/regionaler Governance bestimmt, sondern entwickelt sich verstärkt als Funktion von zumeist weltökonomisch reorganisierten Wertschöpfungsketten (Döhl/Sauer 1995). Regionale Zulieferstrukturen, die durch „global sourcing“ unter Druck gesetzt werden, und lokale „Liaisonfunktionen“ bleiben meist locker verankert (Jürgens 1999: 187) und stellen kaum eine stabile Grundlage regionalökonomischer Entwicklung dar. Eine strukturpolitisch schlüssige Antwort auf diese Problemkonstellation steht aus. Das regionale Regulationsdispositiv bleibt einseitig: Wettbewerbs- und Technologieförderung dominiert den Handlungsraum, während die Politik der sozialen Kohäsion eher in das (überforderte) gewerkschaftsnahe Netz „ausgelagert“ ist (vgl. zu deren Politik: Bee-se/Dörre/Röttger 2004).

Dass diese Veränderungsprozesse von den Gewerkschaften gewollt oder billigend in Kauf genommen wurden, kann nicht behauptet werden. Auch folgen sie keiner „Gesamtstrategie“. Solche „Verschiebungen“ im Regulationsdispositiv „lassen sich weder als ein Plan interpretieren, der von einem allwissenden und allmächtigen Akteur – den Arbeitgebern oder dem Kapitalismus – entworfen, vorbereitet und organisiert worden wäre, noch als ein unbewusster, subjekt- oder reflektionsloser Prozess“ (Boltanski/Chiapello 2003: 538). Zusammenfassend lassen sich meines Erachtens zwei Elemente bzw. Triebkräfte der Veränderung benennen, die nur ineinandergreifend den offensichtlichen Konstitutionswandel der lokalen Staaten bewirkt haben: zum einen eine Neubestimmung des Verhältnisses von Weltmarkt und lokaler/regionaler Ökonomie, die die Handlungskorridore der lokalen Staaten verengt („*new regionalizations of the state*“) zum anderen neue Kräfteformierungen und -verschiebungen in den lokalen Staaten und damit eine Neujustierung staatlicher Aufgaben durch Privatisierung und Kapitalisierung weiter Gesellschaftsbereiche („*new states of regionalization*“, MacLeod 2001). Oft sind die

Veränderungen in den Regionen exogen bedingt (Krise der „New Economy“, globale Reorganisation von Wertschöpfungsketten, Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik); diese Veränderungen werden jedoch von Teilen der endogenen Kräfte genutzt, um das „contested terrain“ neu zu beackern und Kräfteverhältnisse, Akteurskonstellationen und politische Repräsentationsregimes zu verändern. Im Rahmen der Theorie(n) des New Regionalism lassen sich genau diese zum Teil gleichsam „hinter dem Rücken der handelnden Personen“ (MEW 23: 385) geräuschlos sich vollziehenden Veränderungsdynamiken kaum enthüllen. Alternative Erklärungsansätze sind (wieder) gefordert.

4. Globalisierung und Regionalisierung revisited

Schon in der Grundlegung der französischen Theorie der Regulation fungiert der Weltmarkt als *die* treibende Kraft gesellschaftlicher Veränderungen und der politischen Zurichtung von Handlungskorridoren des Regulationsprozesses, ohne jedoch einer linearen „top-down“-Interpretation weltwirtschaftlicher Verallgemeinerungsprozesse Vorschub zu leisten. Das von Michel Aglietta entfaltete Konzept weltwirtschaftlich gültiger, hegemonialer Produktions- und Tauschnormen, „durch die sich das dominierende Kapital verwertet“ (Aglietta 1979b: 74), ermöglicht vielmehr eine Thematisierung der Wechselbeziehungen zwischen der „Globalisierung“ der Produktionsbedingungen und der „Lokalisierung“ der Ausbeutungsstrategien (Lüthje 1998). Eine hegemoniale Produktionsnorm bezeichnet dabei nicht nur einen Rationalisierungstyp, der sich im Konglomerat aus Managementprinzipien, Firmenorganisation und Arbeitsbeziehungen („industrielles Paradigma“) realisiert und international verallgemeinert. Sie geht als analytisches Konzept über das soziologische „Produktionsmodell“ und politikwissenschaftlich-funktionalistische Governance-Konzepte hinaus, weil sie eine Produktionsweise thematisiert, die sich durch ökonomische, soziokulturelle und arbeitspolitische Kontexte und Regulationsverhältnisse hindurch organisiert und reproduziert (Röttger 2002)³.

Basierte die Verallgemeinerung fordistischer Produktionsnormen noch auf der Implementation einer *nationalen* Produktionsnorm, die sich „in the shadow of the law“ je nationaler-keynesianischer Staaten entfalten konnte, entwickelt sich „im Schatten der Globalisierung“ eine neue Dynamik. Bereits Nicos Poulantzas (1975: 43) konnte herausarbeiten, dass unter den Bedingungen der Internationalisierung des Kapitals die kapitalistische Produktionsweise die Regulationsverhältnisse einer Gesellschaftsformation „nicht mehr einfach von ‚außen‘ und durch die Reproduktion des Abhängigkeitsverhältnisses“ (beherrscht), sondern ihre unmittelbare Herrschaft in ihnen selbst errichtet“. Diese „Interiorisierung“ kapitalistischer Machtstrukturen bleibt heute jedoch nicht mehr auf die nationalstaatlichen Regulierungen beschränkt; „sie lässt sich auf lokalen, regionalen, grenzübergreifenden und interregionalen

³ Insofern ist alle Transformation „pfadabhängig“, weil sie die Institutionen und Regulation gleichsam „von innen“, von den bestehenden Kräfte- und Bündniskonstellationen heraus, verändert. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass die Pfade im Prozess der Veränderung nicht verlassen werden können – sozusagen in einen „Systemwechsel“ einmünden –, indem neue Variationsmöglichkeiten des Handelns geschaffen oder Regulationsprozesse in einen neuen Regulationszusammenhang eingefügt werden.

Ebenen genauso feststellen wie in den Aktivitäten der sogenannten ‚unternehmerischen Städte‘ (Jessop 2001: 92). Sie durchdringt also (auch die lokalen) Regulationsprozesse, hegt sie ein, und presst sie eine mit dem vorherrschenden ökonomischen Organisationsprinzip vereinbarende Form. Der lokale Staat wird in seinen Strukturen transformiert, seinen sozialen Grundlagen disartikuliert und die in ihm wirkenden hegemonialen Kräfte werden mit globalen Strukturen rekombiniert (Brenner 1998). Einige Autoren haben inzwischen diese Tendenzen gesellschaftlicher Durchdringung, die in Lokalisierungs- und Regionalisierungsprozessen zunehmend Gestalt gewinnen, bereits als „neuen“, d.h. „introvertierten Imperialismus“, als Imperialismus in der „Welt des kapitalistischen Binnenmarktes“ (Narr 2003; vgl. Harvey 2003) klassifiziert.

Konsequenterweise brechen neuere Ansätze in der Tradition der Regulationstheorie infolge der gerade auf lokaler und regionaler Ebene waltenden Metamorphose von sozialen Experimentierfeldern zu Orten kapitalistischer Durchdringung mit den eher modelltheoretischen Annahmen der ursprünglichen Konzeption. Gerade lokale/regionale Regulation könne nicht in Kategorien von „Stabilität“, „Kohärenz“ oder „Funktionalität“ gefasst werden; in der lokalen Regulation kommen vielmehr „Prozess, Ungleichheit, Tendenz und Praxisform“ zum Tragen (Goodwin/Painter 1997: 23). Eine Thematisierung dieser Elemente kann den Dynamiken, Brüchen und multiskalaren Konfigurationen eher Rechnung tragen, als tradierte Konzepte der „Regulationsweise“: „Statt nach einer kohärenten Regulationsweise zu suchen, präferieren wir eine Betonung von Verfall und Neuproduktion von Regulationsprozessen in Zeit und Raum“ (*the ebb and flow of regulatory processes through time and across space*, Painter/Goodwin 1995: 342). Der konkrete lokale/regionale Regulationsprozess erscheint in dieser Perspektive als das Ergebnis materieller wie diskursiver Praktiken *und* wirksamer *politics of scale*. Sie werden wirkungsmächtig, indem Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Akteuren einer Region und bestimmten Politikfeldern (,issues‘) hergestellt werden.

Aus den empirischen Ergebnisse unserer Studie lassen sich auf diesem Hintergrund zwei zentrale theoretische Schlussfolgerungen ziehen: *Erstens* erfordert das Verständnis lokaler/regionaler Regulation gerade jenen stärker prozessorientierten Zugriff, wie er in neueren Ansätzen der Regulationstheorie gefordert wird. Die Fähigkeit der Gewerkschaften zu einem lokalen ‚agenda-setting‘ ist inzwischen eingeebnet; an ihre Stelle treten neue „strategische Selektivitäten“ des lokalen politischen Systems. Wie es zu diesen Verschiebungen kam, ist allerdings klärungsbedürftig und kann weder allein „bottom-up“, d.h. aus den Verhältnissen der Region, noch „top-down“, d.h. aus den Verhältnissen der Globalisierung erklärt werden. Daraus folgt *zweitens*: das Verständnis lokaler/regionaler Regulationsprozesse erfordert ein dialektisches Raumverständnis, das die Ansätze des New Regionalism gerade nicht entfaltet haben. Es geht um die Art und Weise, wie Weltmarkt und lokale Ökonomie ineinander greifen und sich wechselseitig verändern. Als „Sachzwang Weltmarkt“ hat Elmar Altvater (1987: 87) in diesem Zusammenhang zurecht schon früh einen gesellschaftlichen Transformationsprozess beschrieben, „wie exogene Strukturen endogenisiert werden bzw. wie die artikulierte Konfiguration von ökonomischen Entwicklungstendenzen des Weltmarktes, von politischen Interventionen zur hege-

monialen Blockbildung, dem sozialen Handeln der Akteure in einer regionalen Gesellschaft und den je besonderen natürlichen Reproduktionsbedingungen in der Region zustandekommt“ – eine Interpretation, die nichts an Aktualität eingebüßt hat.

Angesichts der ungezügelter werdenden Gewalt, mit der Handlungskorridore in den lokalen und regionalen Staaten eingeschnürt, der Zugriff auf die lebendige Arbeit rigider wird, soziale Rechte plattgewalzt und ehemals öffentliche Güter und gesellschaftlichen Einrichtungen (Bildungsinstitutionen, Forschungsinstitute etc.) auf die Weltmarktkonkurrenz von lokalen/regionalen Zukunftsbranchen zu gerichtet werden, schwindet die Attraktivität des New Regionalism. Seine fast ungezügelte Affirmation von Lokalisierungs- und Regionalisierungsprozessen bricht sich zunehmend an dem von ihm selbst beschworenen und unabgeholten gebliebenen Regulationsversprechen. Was bleibt sind die in seinem Begriffsapparat zur Verfügung gestellten „ideologischen Formen“⁴, in denen sich breite lokale/regionale Bündnisse formieren konnten. Die Veränderungsdynamiken, die sich vollziehen und die vor allem von den gewerkschaftlichen Akteuren erlitten werden, bleiben indes unbegriffen. Seine Totenglocken als Theorie der Erklärung von Lokalisierungs- und Regionalisierungsprozessen haben bereits geläutet.

Ansätze eines vertieften Verständnisses dessen, was sich an Verschiebungen in lokalen/regionalen Regulationsprozessen vollzieht, bieten neuere Ansätze der (neomarxistischen) Geographie, in denen das sich in sozialen Kämpfen immer neu herauskristallisierende Verhältnis von Weltmarkt, Nationalstaat und lokalem Staat als das Ergebnis einer „politics of scale“ (Smith 1993; 1995) begriffen wird. Die Verhältnisse der Ebenen zueinander werden sowohl als Ergebnis, als auch als Medium und Voraussetzung sozialer Auseinandersetzungen verstanden. Eine relative Machtposition sozialer Akteure komme zum einen in ihrer Fähigkeit zum Ausdruck, zu bestimmen, auf welcher Ebene was reguliert wird; die Machtverhältnisse selbst sind aber auch auf der anderen Seite eine abhängige Variable der Konstruktion von *scale*: Die territoriale Kompetenzverteilung entscheide, inwieweit gesellschaftliche Widersprüche erfolgreich bearbeitet werden könnten bzw. inwieweit es subalternen Akteuren gelinge, diese Widersprüche zu politisieren und bestehende Machtverhältnisse herauszufordern (Swyngedouw 1997: 141). Prozesse und Strukturen auf der lokalen/regionalen Ebene werden somit als Verdichtungen multiskalarer Entwicklungen begriffen, in denen auch der Nationalstaat – im Unterschied zu theoretischen Konstruktionen, die eine Abwertung der nationalen und einer Aufwertung der regionalen Ebene postulieren – nach wie vor eine zentrale Rolle spielt (Keil/Brenner 2003; Mayer 2003).

Das entscheidende Verdienst dieser Ansätze liegt zunächst darin, „blinde Flecken“ des New Regionalism wieder in den Blick nehmen zu können. Regionalisierung und Lokalisierung folgen nicht allein

⁴ Der Begriff der „ideologischen Formen“ geht auf die berühmte Marxsche Formulierung im Vorwort ‚Zur Kritik der Politischen Ökonomie‘ zurück, in dem Marx zwischen der Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen „und den juristischen, politischen, religiösen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen (unterscheidet), worin sich die Menschen dieses Konflikts (gemeint ist der zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, B.R.) bewusst werden und ihn ausfechten“ (MEW 13: 9).

einer Logik, die sich aus der „strukturellen Unvollkommenheit des Kapitalverhältnisses“ ableiten ließe und notwendig Re-Regulierungen hervorbringe. Der New Regionalism verkennt die strukturelle Unvollkommenheit regionaler/lokaler Regulation. Denn unter den Bedingungen global-kapitalistischer Vergesellschaftung können vorherrschende oder defizitäre makroökonomische Regulationsverhältnisse nicht einfach durch lokale Governance außer Kraft gesetzt und durch alternative Formen kompensiert werden. Lokale und regionale Regulation kann kein Surrogat für eine neue „politics of scale“ sein, durch die Handlungskorridore der lokalen/regionalen Ebene erst erweitert werden können. Dieser Tatbestand ist in den lokalen/regionalen Regulationsprozessen in der alltäglichen Praxis erlebbar – etwa in den „verkürzten Verfallszeiten gemachter und dann gebrochener Versprechen“. Damit richten die Ansätze der kritischen Geographie das Augenmerk auf die Frage einer räumlichen Neudimensionierung von Ökonomie und Staat in ihrer konstitutiven Bedeutung für den Regulationsprozess. Der Ansatz kann damit nicht nur den in der lokalen/regionalen Alltagspraxis oft anzutreffenden frustrierende Bias erklären; im Rahmen einer solchen Konzeption lassen sich die Verschiebungen im Binnenprozess von Lokalisierung und Regionalisierung und ihre „Reartikulation“ mit weltökonomischen und -gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen durchaus treffend analysieren:

Der Prozesscharakter: Im Konstitutionsprozess gelang es den lokalen Allianzen vor allem unter Beteiligung von Gewerkschaften, aber zum Teil auch anderer neuer sozialer Bewegungen ein lokales/regionales „Regulationsdispositiv“ zu begründen/eröffnen, in dem der lokale Staat zwar in der Logik der Angebotspolitik verhaftet blieb, jedoch gleichzeitig auf andere Politikfelder verpflichtet werden konnte. Dieses Regulationsdispositiv ist im Regulationsprozess aufgesprengt worden. Hinter der zu beobachtenden Ausdifferenzierung der Mobilierungsformen „endogener Potenziale“ (Cluster, Kompetenzfelder, strategische Handlungsfelder, Centers of Excellence etc.) verbergen sich wettbewerbsorientierte Innovationsstrategien, die nicht mehr auf eine regionale Investitionslenkung im Sinne der Modernisierung des „rheinischen Kapitalismus“ zielen.

Die inszenierte Ungleichheit: In lokalen/regionalen Regulationsprozessen lagern sich neue Formen „räumlicher Selektivitäten“ (Jonas 1999) ein. Räumliche Selektivität bedeutet nicht nur, dass in wirtschaftspolitischen Strategien, Finanzhilfen und Projekten bestimmte Räume privilegiert werden, sondern auch, dass bestimmte Konflikte systematisch aus dem politischen Prozess ferngehalten werden. So wird die lokale Staatstätigkeit faktisch zwar „weitaus stärker (als bisher) auf die Entwicklung endogener Wachstumspotentiale“ ausgerichtet; diese aber werden nun verstärkt „durch aktivere angebotsseitige Maßnahmen“ (organisiert), indem sich strategische Allianzen aus lokalem bzw. regionalem Staat und regionalen und/oder lokalen ‚Schlüsselakteuren‘ bilden“ (Jessop 2001: 144). Es entstehen in den Regionen neue Verbindungen zwischen strukturellen Zwängen der Kapitalreproduktion, sozialen Kräfte- und Interessenkonstellationen und institutionellen bzw. politischen Opportunitäten. Soziale Kohäsion in Städten und Regionen wird allenfalls noch als Prozessresultat von „trickle-down“-Effekten einer angebotsorientierten Wachstums- und einer regionalen „Kathedralenpolitik“ begriffen. Solche allerdings sind nicht sehr wahrscheinlich: Akteure der kompromissgestützten lokalen Allianzen

beklagen nicht nur, dass sich im Zuge mit der wirtschaftlichen Modernisierung die räumlichen und sozialen Disparitäten verschärfen; die Stadt sei „einfach nicht mehr als einheitliches Gebilde zu behandeln. Die Clusterbildungen werden immer mikroskopischer. Sie haben immer kleinere Beziehungsgeflechte und Teilbereiche“. Zudem stellen die lokalen Liaisonfunktionen von regionalisierten Zulieferstrukturen global agierender Konzerne immer weniger Anknüpfungspunkte für „nachhaltige“ Regionalentwicklung zur Verfügung.

Die umgewälzten Praxisformen: Die Gewerkschaften haben sich zwar von Beginn an an einer Politik beteiligt, die vorrangig darauf zielte, regionale Wertschöpfung und damit die regionale Position in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zu verbessern. Diese sich im Wettbewerbsregionalismus aus dem „Modell Deutschland“ verlängernden Identitätsformen der Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen“ sind jedoch abhängig von Institutionen der industrieller Beziehungen, die definitionsgemäß „den Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ab(stecken); sie legen fest, welche Formen, Gegenstände und Akteure zugelassen sind und welche Handlungsmöglichkeiten diesen für die Lösung spezifizierter Probleme zur Verfügung stehen“ (Müller-Jentsch 1996: 498). *Tempi passati:* Im Wettbewerbsregionalismus werden Prozesse von Outsourcing und Verbetriebligung akzentuiert sowie die Kulturen des „Unternehmertums“ gefördert. Die neuen Realitäten der Arbeits- und Wirtschaftsregulation vollziehen sich in *geschliffenen* Institutionensystemen der industriellen Beziehungen. Sie erlauben immer weniger, den Rahmen der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit und die Handlungskorridore zu bestimmen, in der sich die politökonomische Entwicklung vollzieht. Gerade durch die auf lokaler, regionaler und betrieblicher Ebene realisierten Öffnungsklauseln im System der Tarifdemokratie, werden Vereinbarungen zwischen Kapital und Arbeit ermöglicht, durch die zwar die formale Hülle des Tarifvertrages gewahrt bleibt, in denen jedoch arbeitspolitisch jeder „Haltegriff“ fehlt, der den Sturz in den interessenpolitischen Rückschritt wenn nicht aufhalten, so doch in Maßen halten kann. Der Zugriff der Unternehmen auf die lebendige Arbeit wird rigider und individualisiert; er kann auch im Clusterkonzept nicht (mehr) aufgefangen werden. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten ist oft schon zerbrochen: „Der Einfluss der IG Metall hat abgenommen und die Betriebsräte wissen ziemlich präzise, was sie wollen, um ihr Überleben in diesen Strukturen zu sichern. Das ist eine neue Qualität“ – so ein kritischer Nürnberger Beobachter. In der Konsequenz weichen die strategischen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Staat, die in den Lokalisierungs- und Regionalisierungsprozessen erneuert werden sollten, wettbewerbskorporatistischen Formen der Erweiterung des Staates, die sich in strategischen Beziehungen zwischen Kapital und Staat (und teilweise der Involvierung von Betriebsräten) durchsetzen (Röttger 2003). Die Reorganisationsrealität der nachfordistischen Arbeitswelt konnte die Versprechen „offensiver Flexibilität“ somit kaum einlösen: Die „postfordistische Fabrik verkehrt „mit ihren Arbeitskräften nicht in der Form von ‚Verhandlungen‘, welche die Epoche des reifen Fordismus prägten und das Vertretungsmonopol der Arbeit durch die Industriegewerkschaft sanktionierten“. Das „sich neu durchsetzende System industrieller Beziehungen“ tritt mit dem in der Phase fordistischer Industrialisierung ausgebildeten Formen in ein Spannungsverhältnis: „Es untergräbt es einerseits und verleiht es sich

andererseits ein, wodurch das alte Modell letztlich überdeterminiert und der eigenen Hegemonie subsumiert wird. Der Gewerkschaftsverband als monopolistischer Form der sozialen Repräsentanz der Arbeit hört nicht zu existieren auf, wird aber in der Wurzel getroffen: Die Gewerkschaft, oder was von ihr bleibt, ‚verhandelt‘ weiter, aber nur noch in ‚subalterner‘ Form, nämlich innerhalb der von der Unternehmenslogik festgelegten Koordinaten“ (Revelli 1997: 32f.).

Die globale Tendenz: Eine solche Reartikulation des regionalen Staates verändert das im lokalen Staat einst ausgehandelte Verhältnis von ökonomischer Modernisierungs- und sozialer Kohäsionspolitik. Lokale Allianzen wurden getragen von einem policy-mix aus Modernisierungs- und sozialer Kohäsionspolitik. Diese Stützen brechen mit der „Ökonomisierung“ der Staatsfunktionen ein. Die Reorganisation des lokalen Staates geschieht, indem politische Arenen mit neuartigen Steuerungsformen geschaffen werden, in der sich nun andere als die bisher bestimmenden Gesellschaftsklassen artikulieren. Die Grundlagen für lokale/regionale Allianzen, in denen Gewerkschaften nicht nur beteiligt, sondern eine aktivierende Rolle spielen konnten, werden unterminiert. Die zunehmende kapitalistischen Durchdringung des Raumes bewirkt, dass die eingeschlagenen Pfade politökonomischer Entwicklung erodieren. Diese Pfaderosion manifestiert sich in drei Tendenzen: die mixed-economy wird einem „introvertierten Imperialismus“, d.h. der Durchkapitalisierung jener gesellschaftlichen Bereiche, die bisher nicht unmittelbar der kapitalistischen Verwertung ausgesetzt waren, geopfert; die mixed governance weicht neuen Formen der Regulation, die vorrangig als Public-Private-Partnerships organisiert sind und die einer Handlungslogik folgen, die nicht mehr auf demokratischer Partizipation und kollektiven politischen Zusammenhängen basiert, sondern auf Verwertungsinteressen und effizienter Marktsteuerung; die high-road-Modernisierung der regionalen Kapitalismen bricht ab und wird durch neuartige Zugriffe auf die lebendige Arbeit abgelöst. Kurzum: Regionen und lokale Staaten fungieren nicht mehr als Bastionen des „rheinischen Kapitalismus“. In ihnen walten vielmehr Kräfte, die auf eine Pfadüberwindung und eine Transformation des Entwicklungsmodells hinwirken. Die Gewerkschaften, einst treibende Kräfte der Implementation eines bestimmten Typus der Regionalisierung/Lokalisierung, werden zu getriebenen Akteuren von ihnen selbst geschaffener Strukturen.

5. Auswege aus dem gewerkschaftlichen Beteiligungsparadoxon?

Eine abschließende Bilanz des Wettbewerbsregionalismus und der gewerkschaftliche Beteiligung an Regionalisierungsprojekten zu ziehen verbietet sich zumindest aus einem Grund: gewerkschaftliches Engagement in der Struktur- und Regionalpolitik ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern bildet in vielen Regionen den Gegenstand einer intensiven gewerkschaftspolitischen Debatte, die zum Teil gerade erst begonnen hat. Nichtsdestotrotz möchte ich abschließend die Frage aufwerfen, ob Lokalisierung/Regionalisierung ein Tiger ist, der gewerkschaftspolitisch zu reiten ist.

Folgt man kritischen Bilanzierungen nachfordistischer Regulationsprozesse, fällt die Antwort eindeutig aus. Ihrer Einschätzung nach war das instabile Kompromissgleichgewicht des fordistischen Blocks

noch durch das nationale Kapital und national organisierte Arbeit repräsentiert; in den Regulationsprozessen des lokalen/regionalen Staats hingegen entstehe „a new playing field with different contours“ (Hay 1995: 395). Hier artikuliert sich zunehmend ein neuer hegemonialer Block aus transnationalem Kapital, kleinen und mittleren Unternehmen und saturierter, aber konsumorientierter Mittelschicht der Städte und repräsentiert ein „transnationales liberales Projekt“ (Paul 2002; vgl. Brenner 1998). Die Konstitution dieses Machtblocks wird als Resultat von zwei sich überlagernden Dynamiken begriffen: zum einen Veränderungen in den Beziehungen von Staat, Ökonomie und Gesellschaft, die neue Formen lokaler/regionaler Governance, neue Formen politischer Repräsentation sowie neuartige Identifikationsangebote (Wissen 2000) generieren; zum anderen Veränderungen in den Beziehungen und Gewichtungen zwischen den verschiedenen Ebenen politischer und wirtschaftlicher Organisation und der auf ihnen handelnden Akteure („re-scaling“).

Tatsächlich sind diese Verschiebungen von Gewerkschaften in der Alltagspraxis erfahrbar. Dies ist der Hintergrund, warum es längst nicht mehr allein die Kategorien und Begriffe des New Regionalism sind, in denen sich die am regionalen politischen Tausch beteiligten Gewerkschaften der betrieblichen und lokalen/regionalen Realitäten und Konflikte bewusst werden. Die Reorganisationsrealitäten können nicht mehr verdecken, dass die ungebrochene politische und wissenschaftliche Konjunktur der Begriffe ‚Lokalisierung‘ und ‚Regionalisierung‘ Hand in Hand geht mit der Krise von Lokalisierungs- und Regionalisierungsprozessen als Projekten zur politischen und sozialen Gestaltung der Ökonomie selbst. In der Lokalisierung/Regionalisierung bildet sich ein neuer Typus der Regulation, die der Krise der Grundstrukturen des „Modell Deutschland“ akzentuiert. Als eine solche Krise ist die neue Gestalt der Lokalisierung/Regionalisierung eine Quelle gesellschaftlicher Konflikte, an der die Frage der Neu-regulation gesellschaftlicher Arbeit jederzeit wieder aufbrechen kann.

Läuten also auch die Totenglocken des New Regionalism nicht nur als politökonomischer Erklärungsansatz, sondern auch als dominierende ideologische Form – auch weil sich die Gewerkschaften wieder anderer Konflikte bewusst werden und diese in den lokalen/regionalen Regulationsprozessen aufheben? Die Kritik am Wettbewerbsregionalismus jedenfalls wird zum Teil rigider; bestehende Bündnisse und Kompromisse auf regionaler und lokaler Ebene werden zunehmend kritisch hinterfragt. Folgt also ein Abkehr vom gewerkschaftlichen Gestaltungsanspruch lokaler/regionaler Erneuerung? Auf der einen Seite ist es natürlich richtig: „Je mehr eine herrschende Klasse fähig ist, die bedeutendsten Männer der beherrschten Klassen in sich aufzunehmen, desto solider und gefährlicher ist ihre Herrschaft“ (MEW 25: 614). Und in der Tat sind mit dem Einlassen auf die Logik des Wettbewerbsregionalismus und die Partizipation an weltmarktorientierten Förderkulissen Vorentscheidungen verbunden, die weitreichende Folgen haben können und den einmal erstrittene Pfad regionaler Entwicklung in Frage stellen. Auf der anderen Seite aber zeigt unsere Untersuchung auch deutlich, dass je intensiver die lokalen Kooperations- und Konsensstrukturen sind, sich auch die Chancen erhöhen, den Tendenzen einer „re-ellen Subsumtion des Territoriums“ unter den kapitalistischen Verwertungsprozess (Revelli 1999) entgegenzuwirken. Ohne ein Minimum an regionalpolitischer Übereinstimmung (Kompromiss, Kon-

sens) – etwa bei der Definition industriepolitischer Projekte – haben lokale und regionale Akteure kaum eine Chance, übergeordnete Entscheidungsebenen zu beeinflussen (z.B. Finanzmittel für die regionale Entwicklung zu akquirieren). Lokale Staaten und Mikroregionen können nur in dem Maße eine Aufwertung im „System der Mehrebenenregulation“ erfahren, wie definitionsmächtige Akteure über einen politisch hergestellten Kompromiss/Konsens regionale Bindungen von Unternehmen erzeugen und kollektive *bargaining power* entfalten können, um auf diese Weise den übergreifenden makroökonomischen Tendenzen einen eigenständigen Restrukturierungspfad abzurufen. Knappe Ressourcen bilden so ein grundlegendes Motiv für die Bildung von lokalen/regionalen Netzwerken, erst recht, wenn Gewerkschaften die Erfahrung machen müssen, dass die Ressource „Kampf und Konfliktfähigkeit durch Solidarisierung von Lohnabhängigen“ unter den Bedingungen eines beschleunigten Strukturwandels aus verschiedenen Gründen nur noch begrenzt nutzbar ist.

Und hier beginnt das Dilemma: Einer Rückkehr zu den lokalen Allianzen der 1990er Jahre sind die Bedingungen geraubt, auf denen sie wirkungsmächtig werden konnten. Der Hauptgrund wurzelt im gewerkschaftlichen „Beteiligungsparadoxon“: die Gewerkschaften büßen im Zuge des von ihnen gestützten Strukturwandels und der Modernisierung lokaler/regionaler Produktionsstrukturen zunehmend ihre betriebliche Verankerung und damit die Grundlagen für eine lokale/regionale „Konfliktpartnerschaft“ ein. Formale Beteiligungs- und Vertragsstrukturen bleiben zum Teil erhalten; in ihnen aber vollziehen sich einschneidende Veränderungen. „Die Fehlrechnung ist: wenn das also prosperiert (gemeint sind Prozesse städtischer Clusterbildung durch Outsourcing, Neuansiedlung und „Start-ups“, B.R.), wozu brauchen die dann Gewerkschaften“, so der kritische Kommentar eines Gewerkschafters zum gewerkschaftlichen Beitrag, regionale Wertschöpfung zu steigern.

Der lokale/regionale Gestaltungsanspruch der Gewerkschaften muss neu konstituiert werden. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe. Erstens: Wenn die Befunde einer in sich verschränkten Reartikulation von globalen Strukturen und lokalen/regionalen Staaten richtig sind, und wenn darüber hinaus die Osterweiterung der EU zu einem Instrument der Kapitalverwertung wird, Deutschland zu einer „Basarökonomie“ werden zu lassen (kritisch: Hoffmann 2004), können Gewerkschaften sich nicht allein auf eine lokale/regionale Initiative verpflichten, sondern müssen selbst eine „politics of scale“ entwickeln, die erlaubt, eine Vision europäischer Arbeitsteilung gegen eine europäische Standortkonkurrenz zu behaupten. Hier könnte eine neue politische Arena der Arbeitspolitik entstehen, die zugleich neue, transnationale Bündnisoptionen eröffnet. Zweitens: Die Dynamik lokaler/regionaler Regulationsprozesse hat auch deutlich werden lassen, dass tradierte Gewerkschaftsidentitäten – etwa die Identität als „intermediärer Organisation“ in einem System strategischer Beziehungen zwischen Gewerkschaften und (keynesianischem) Staat – zunehmend in ihrer Wirkungsmacht entkräftet werden und letztlich kaum mehr aufrecht erhalten werden können. Der Staat – auch der lokale – fällt als Garant eines Klassenkompromisses zunehmend aus; er definiert und garantiert vielmehr verstärkt die Regeln der globalen Ausdehnung der Kapitale, die als „konzentrierte gesellschaftliche Macht“ (MEW 16: 196) wiederum die Handlungskorridore vorgeben, in denen der Staat sein Handeln neu bestimmt. Damit ist die

tradierten Gewerkschaftsidentität aber in ihrem Kern getroffen: Ausgehend von der Betriebsebene verallgemeinern sich Organisationsformen von „kompetitiver Solidarität“. Diese Durchsetzung einzelbetrieblicher Rationalitäten im Sinne von einzelbetrieblichen Wettbewerbsfähigkeiten („Ökonomisierung“) droht einer von den Gewerkschaften präferierten Organisation einer konfliktgestützten Mitbestimmung in den Betrieben und eines Modells überbetrieblicher Solidarität zunehmend den Boden zu entziehen.

Zumindest in den von uns untersuchten Regionen sind diese Entwicklungstendenzen zum Anlass geworden, die Frage der gewerkschaftlichen Identität neu zu stellen. Prominent werden dabei Ansätze eines *Social Movement Unionism* diskutiert. Wie im Definitionsversuch von Waterman (2002) wird der Ansatz zumeist in Abgrenzung zu der als defensiv erachteten Strategie der „sozialen Pakte“ formuliert (Hyman 2001; Fichter/Greer 2003). Laut Waterman stelle der Globalisierungsdruck nicht nur die etablierten Gewerkschaftsapparate und deren Politikstrategien in Frage, sondern eröffne parallel „auch Chancen und Räume, kollektive Gewerkschaftsidentität um die benachteiligten Betroffenen der Globalisierung herum zu mobilisieren und entsprechende Strategien zu entwickeln“. Aus solchen Bestimmungen ergibt sich – zumindest vordergründig – eine unversöhnliche Distanz zu aktuellen Formen, die im Wettbewerbsregionalismus praktiziert werden.

Allerdings ist auch hier die Realität komplexer und widersprüchlicher, als die Theorien glaubhaft machen wollen. Gerade die Identitätsformen lokaler Gewerkschaftsgliederungen siedeln dazwischen. In den alltäglichen Praxisformen bezeichnen die Beteiligung an regionalen „Wertschöpfungspakten“ einerseits und die bewegungsorientierten Ansätze andererseits keine absoluten Gegensätze, sondern gehen vielfältige und durchaus spannungsreiche Synthesen ein. Nicht das *Ob*, sondern das *Wie* regionalpolitischen Engagements ist dabei vielerorts von Bedeutung. Für die gewerkschaftlichen Kritiker des Wettbewerbsregionalismus ist nicht die Frage der Beteiligung das Problem, sondern die Passivität der Routineorganisation, mangelnde Konfliktbereitschaft und das Zurückscheuen vor anspruchsvollen Aufgaben. Es ist also der traditionelle „Doppelcharakter der Gewerkschaften“ als Gestaltungs- und Gegenmacht, der zu einem neuen Prozess kommen muss. Eine praktikable Synthese von Wertschöpfungs- und Bewegungsansatz ist in den Regionen noch nicht gefunden. In der Folge bleiben die progressiven Veränderungspotenziale lokaler/regionaler Regulation, die aus der „konstitutionellen Unvollkommenheit des Kapitals“ resultieren und, wenn schon nicht Alternativen zum System, so doch Alternativen im System durchsetzen und Handlungsspielräume erweitern können, unausgeschöpft.

Bemühungen um „Bündnisse neuer Qualität“ mit der globalisierungskritischen Bewegung sind durchaus vorhanden; in ihrer praktischen gewerkschaftspolitischen Bedeutung sind sie aber eher randständig. Dabei gäbe es viele inhaltliche Berührungspunkte zu einer regionalen Strukturpolitik, die sich um sinnvolle Alternativen zur bloßen Standortkonkurrenz bemüht und Handlungskorridore wieder erweitert. Lokale Bündnisse, die den Niedergang öffentlicher Investitionen, die Zerrüttung der kommunalen Infrastruktur oder die Bildungsmisere thematisch bearbeiten, sind Beispiele für solche Schnittmengen. In den bisher gefundenen Praxisformen „regionale Entwicklungscoalitionen“ auf der anderen Seite

spielt diese Art von Bewegungspolitik kaum eine Rolle. Hier müssen die Gewerkschaften in der Tat zu einer Neubestimmung ihrer Politik finden.

Literatur:

Aglietta, Michel 1979a: A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience, London.

Aglietta, Michel 1979b: Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik, in: Deubner, Christian/Rehfeldt, Udo/Schlupp, Frieder/Ziebura, Gilbert (Hg.): Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion, Frankfurt a.M.: 70-124.

Albert, Michel 1992: Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/M.

Altvater, Elmar 1987: Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg.

Amin, Ash/Robins, K. 1990: The Re-emergence of Regional Economies? The Mythical Geography of Flexible Accumulation, in: Environment and Planning D. Society and Space 90/1: 7 - 34.

Amin, Ash/Thrift, Nigel 1992: Neo-Marshallian Nodes in Global Networks, in: International Journal of Urban and Regional Research, 16. Jg., Heft 4: 571-587.

Bechtle, Günter/Sauer, Dieter 2004: Die Fordismusanalyse von Antonio Gramsci als Beispiel einer historisch-materialistischen Soziologie, in: Artus, Ingrid/Trinczyk, Rainer (Hg.), Über Arbeit, Interessen und andere Dinge. Phänomene, Strukturen und Akteure im modernen Kapitalismus, München und Mering. Hampp, 43-56.

Becker, Joachim 2003: Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg.

Beese, Birgit/Dörre, Klaus/Röttger, Bernd 2004: Im Schatten der Globalisierung. Strukturpolitik, Netzwerke und Gewerkschaften in altindustriellen Regionen. Endbericht, Recklinghausen.

Blöcker, Antje 2003: ArbeitnehmerInnenbeteiligung an regionalisierter Strukturpolitik. Erste Rückschlüsse aus laufenden Politikanalysen in Südniedersachsen und Südostniedersachsen. Forschungsbericht aus dem Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig.

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève 2003: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

Brenner, Neil 1998: Global cities, glocal states: global city formation and state territorial restructuring in contemporary Europe, in: Review of International Political Economy, 5. Jg., Heft 1: 1-37.

Buci-Glucksmann, Christine/Therborn, Göran 1982: Der sozialdemokratische Staat. Die „Keynesianisierung“ der Gesellschaft, Hamburg.

Castells, Manuel 2001: Die Netzwerkgesellschaft, 3 Bde., Opladen.

Commission on Global Governance 1995: Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik, Bonn.

Croach, Colin/Le Galès, Patrick/Trigilla, Carlo/Voelzkow, Helmut (eds.) 2004: Changing Governance of Local Economies – Responses of European Local Production Systems, Oxford.

Deutschmann, Christoph 2002: Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten, Weinheim.

- Döhl, Volker/Sauer, Dieter 1995: Neue Unternehmensstrategien und regionale Entwicklung, in: Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1995, Berlin: 103-157.
- Dörre, Klaus/Röttger, Bernd 2003: Das neue Marktregime – Zwischenbilanz einer Debatte. In: Dies. (Hg.): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg, 312-323.
- Dörre, Klaus 1999: Local Heroes. Globalisierung, Partizipation und mikrosoziale Regulation, in: Fuchs, Gerhard/Krauss, G./Wolf, H.G. (Hg.): Die Bindungen der Globalisierung – Interorganisationsbeziehungen im regionalen und globalen Wirtschaftsraum, Marburg: 92-135.
- Dörre, Klaus 2002: Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus, Wiesbaden.
- Ennals, R. / Gustavsen, B. 1999: Work Organisation and Europe as a Development Coalition. Dialogues on Work and Innovation, Amsterdam.
- Esser, Josef / Hirsch, Joachim 1987: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie – Von der Fordismuskrise zur postfordistischen Regional- und Stadtstruktur, in: Prigge, Walter (Hg.), Die Materialität des Städtischen, Basel/Boston: 31-56.
- Fichter, Michael/Greer, Ian 2003: Sozialpartnerschaft als Gewerkschaftsstrategie – Beispiele aus fünf Ländern, in: WSI-Mitteilungen 9, 541-548.
- Fricke, Werner/Totterdill, John (Hg..) 2004: Action Research in Workplace Innovation and Regional Development, Amsterdam.
- Goodwin, Mark/Painter, Joe 1997: Concrete Research, Urban Regimes, and Regulation Theory, in: Lauria, Mickey (ed.): Reconstructing Urban Regime Theory. Regulating Urban Politics in a Global Economy, Thousand Oaks/London/New Dehli: 13-29.
- Grahl, John/Teague, Paul 2000: The Regulation School, the employment relation and financialization, in: Economy and Society, Vol. 29, No. 1: 160-178
- Gramsci, Antonio 1991ff.: Gefängnishefte, Hamburg.
- Granovetter, M. 1985: Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness in High-Technology, in: American Journal of Sociology, Heft 91: 481-510.
- Hall, Peter. A./Soskice, David (eds.) 2001: Varieties of Capitalism. The Institutional Foundation of Comparative Advantage, Oxford.
- Harvey, David 2003: Der neue Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. Supplement der Zeitschrift Sozialismus H. 5.
- Hay, Colin 1995: Re-stating the problem of regulation and re-regulating the local state, in: Economy and Society, 24. Jg., Heft 3: 387-407.
- Herod, A. 2000: Labor Geographies. Workers and the Landscapes of Capitalism, New York.
- Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Politik und Demokratie im globalen Kapitalismus, Amsterdam/Berlin.
- Hirsch, Joachim 2003: Was steuert der Staat und wer steuert ihn?, in: Buckel, Sonja/Dackweiler, Regina-Maria/Noppe, Ronald (Hg.), Formen und Felder politischer Intervention, Münster, 16-29.
- Hirsch-Kreinsen, Hartmut 2003: Renaissance der Industriesoziologie?, in: Soziologie, 32. Jg., H.1, 5-20.

- Hoffmann, Jürgen 2004: Deutschland – eine „Basarkonomie“? Globalisierung, „global sourcing“ und das Modell Deutschland, in: Prokla H. 136, 417-433.
- Hudson, Ray 2001: Producing Places, New York.
- Hyman, Richard 1996: Die Geometrie des Gewerkschaftsverhaltens. Eine vergleichende Analyse von Identitäten und Ideologien, in: Industrielle Beziehungen, 1, 5-35.
- Hyman, Richard 2001: Understanding European Trade Unionism. Between Market, Class & Society, London: Sage.
- Jansen, Peter/Jürgens, Ulrich 2003: Gewerkschaftliche und Industriepolitik, in: Schroeder, Wolfgang/Wessels, Bernhard (Hg.): Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik. Ein Handbuch, Wiesbaden, 429-450.
- Jessop, Bob 1997: Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa, in: Becker, Steffen/Sablowski, Thoams/Schumm, Wilhelm (Hg.), Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Hamburg, 50-95.
- Jessop, Bob 2001: Globalisierung und Nationalstaat. Imperialismus und Staat bei Nicos Poulantzas – 25 Jahre später, in: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos: Die Zukunft des Staates. Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung, Hamburg: 71-100.
- Jessop, Bob 2002: The Future of the Capitalist State, Cambridge.
- Jones, Martin 1999: New Institutional Spaces, London 1999:
- Jürgens, Ulrich 1999: Neue Systeme der Produktentstehung im Spannungsfeld von Regionalisierung und Internationalisierung, in: Fuchs, Gerhard u.a. (Hg.): Die Bindungen der Globalisierung. Interorganisationsbeziehungen im regionalen und globalen Wirtschaftsraum, Marburg: 162-191.
- Keil, Roger/Brenner, Neil 2003: Globalisierung, Stadt und Politik, in: Scharenberg, Albert/Schmidtke, Oliver (Hg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen, Münster: 254-276.
- Kern, Horst 1994: Intelligente Regulierung. Gewerkschaftliche Beiträge in Ost und West zur Erneuerung des deutschen Produktionsmodells, in: Soziale Welt, H. 1: 33-59.
- Krätke, Stefan 1995: Stadt – Raum – Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie, Basel 1995.
- Kühl, Stefan 2004: Von der Krise, dem Elend und dem Ende der Arbeits- und Industriesoziologie, in: Soziologie, 33. Jg., H. 2, 7-16.
- Leborgne, Danièle/Lipietz, Alain 1991: Two social strategies in the production of new industrial Spaces, in: Benko, G./Dunford, M. (eds.), Industrial Change and regional development: the transformation of new industrial spaces, London, 27-49.
- Lehmbruch, Gerhard 1983: Neokorporatismus in Westeuropa: Hauptprobleme im internationalen Vergleich, in: Journal für Sozialforschung, H. 4, 407-420.
- Lipietz, Alain 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der „Regulation“, in: Prokla, Heft 58: 109-137.
- Lipietz, Alain 1998: Das Nationale und das Regionale. Wie viel Autonomie bleibt angesichts der weltweiten Krise des Kapitalismus?, in: ders.: Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften. Hrsg. von Hans-Peter Krebs, Berlin/Hamburg: 155-184.

- Lüthje, Boy 1998: „Vernetzte Produktion“ und „post-fordistische“ Reproduktion. Theoretische Überlegungen am Beispiel „Silicon Valley“, in: Prokla, Heft 113: 557-588.
- Lütz, Susanne 2003: Governance in der politischen Ökonomie. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Discussion Paper 03/5.
- MacLeod, Gordon 2001: New Regionalism Reconsidered: Globalization and the Remaking of Political Economic Space, in: International Journal of Urban and Regional Research, 25. Jg., 2001, Heft 4: 804-829.
- Marshall, Alfred 1919: Industry and Trade, London.
- Marshall, Alfred 1920: Principles of Economics, London.
- Marx, Karl 1974: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin/DDR.
- Maurer, Andrea 2004: Elend und Ende der Arbeits- und Industriesoziologie? Einige Anmerkungen zu Erkenntnisprogrammen, Theorietraditionen und Bindestrich-Soziologie, in: Soziologie, 33. Jg., H. 4, 7-19.
- Mayer, Margit 2003: Das Potenzial des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen am Beispiel territorialer Armutspolitik, in: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster: 265-280.
- Mayntz, Renate 2004: Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? MPIfG Working Paper 04/1.
- MEW: Marx-Engels-Werke, Berlin/DDR.
- Müller-Jentsch, Walther 1996: Arbeitsbeziehungen, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 1, 497-502.
- Narr, Wolf-Dieter 2003: Introvertierte Imperialismen und ein angstgeplagter Hegemon. Für eine utopische Transzendenz der Globalisierungskritik, in: Prokla, H. 133: 575-598.
- Painter, Joe/Goodwin, Mark 1995: Local governance and concrete research: investigating the uneven development of regulation, in: Economy and Society, 24. Jg., Heft 3: 334-356
- Paul, Darel E. 2002: Re-scaling IPE: subnational states and the regulation of the global political economy, in: Review of International Political Economy, 9. Jg., Heft 3: 465-489.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam 1994: Searching for a new institutional fix: the after-Fordist crisis and the global-local disorder, in: Amin, Ash (ed.): Post-Fordism: A Reader, Oxford: 280-315.
- Piore, Michael J./Sabel, Charles F. 1985: Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Berlin.
- Porter, Michael E. 1993: Nationale Wettbewerbsvorteile, Wien.
- Poulantzas, Nicos 1975: Klassen im Kapitalismus – heute, Berlin/W.
- Revelli, Marco 1997: Vom ‚Fordismus‘ zum ‚Toyotismus‘. Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialmodell im Übergang, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H. 4.
- Revelli, Marco 1999: Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit, Münster.
- Riexinger, Bernd/Sauerborn, Werner 2004: Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle. Vorwärts zu den Wurzeln! Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/2004.
- Ronneberger, Klaus 1995: Von High-Tech-Regionen lernen?, in: Jahrbuch Sozialwissenschaftliche Technikberichterstattung 1995, Berlin 1995: 19-78.

- Rosenau, James N. 1992: Governance, Order, and Change in World Politics, in: ders./Ernst-Otto Czempel (eds.), Governance without Government: order and Change in World-Politics, Cambridge: 1-29.
- Röttger, Bernd 1997: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes, Münster.
- Röttger, Bernd 2001: Jenseits des Staates: der Positivismus der Geschäftsführer, in: Berndt, Michael/Sack, Detlef (Hg.): Glocal Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung, Wiesbaden: 147-161.
- Röttger, Bernd 2002: Nachfordristisches Produktionsmodell – „schmetternde Ouvertüre“ einer neuen Formation des Kapitalismus? Insignien einer transnationalen Produktionsweise, in: Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB): Jahrbuch 2001/2002, Recklinghausen: 85-99.
- Röttger, Bernd 2003: Arbeit - Emanzipation – passive Revolution. Metamorphosen der Arbeitspolitik und die Zukunft der Gewerkschaften, in: Kurswechsel, H. 3, 8-21.
- Röttger, Bernd 2004a: Integraler Staat, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6.2, Hamburg 2004: Argument-Verlag (i.E.).
- Röttger, Bernd 2004b: Staatlichkeit in der fortgeschrittenen Globalisierung. Der korporative Staat als Handlungskorridor politökonomischer Entwicklung, in: Demirovic, Alex/Beerhorst, Joachim/Guggemos, Michael (Hg.), Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 153-177.
- Sabel, Charles F. 1987: Regional Prosperities Compared: Massachusetts and Baden-Württemberg in the 1980s, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1987 (IIM/ 87-10b).
- Sabel, Charles F. 1989: The reemergence of Regional Economies. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1989 (FS I 89-3).
- Sauer, Dieter 2003: Die neue Unmittelbarkeit des Marktes – Arbeitspolitik im Dilemma, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5, 257-267.
- Schumann, Michael 2003: Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Kritische Industriesoziologie zwischen Taylorismusanalyse und Mitgestaltung innovativer Arbeitspolitik, Hamburg.
- Scott, Allen J. 1988: From Silicon Valley to Hollywood. Growth and development of the multimedia industry in California, in: Braczyk, Hans-Joachim/Cock, Philipp/Heidenreich, Martin (Hg.): Regional Innovation Systems, London 1988: 136-162.
- Scott, Allen J. 1998: Regions and the World Economy, London.
- Scott, Allen J./Scorper, Michael 1989: The geographical foundation and social regulation of flexible production complexes, in: Wolch, J./Dear. M. (eds.): The Power of Geography: How Territory Shapes Social Life, Boston: 21-40.
- Smith, Neil 1993: Homeless/global: scaling places, in: Bird, Jon u.a. (eds.): Mapping the Futures. Local Cultures, Global Change, London/New York: 87-119.
- Smith, Neil 1995: Remaking scale: competition and cooperation in prenational and postnational Europe, in: Eskelinen, Heikki/Snickars, Folke (eds.): Competitive European Peripheries, Berlin 1995: 59-74.
- Storper, Michael / Walker, R. 1989: The Capitalist Imperative, Cambridge, Mass.

Storper, Michael 1993: Regional „Worlds“ of Production: Learning and Innovation in the Technology Districts of France, Italy and the USA, in: *Regional Studies*, 27. Jg., Heft 5, 433-455.

Streeck, Wolfgang 1981: Neokorporativistische Kooperation und weltwirtschaftliche Konkurrenz, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, IIM/LMP 81-21.

Swyngedouw, Erik 1992: Territorial organization and the space/technology nexus, in: *Transactions*, Institute of British Geographers, Jg. 17: 417-433.

Swyngedouw, Erik 1997: Neither Global nor Local. „Glocalization“ and the Politics of Scale, in: Cox, Kevin R. (ed.): *Spaces of Globalization. Reasserting the Power of the Local*, New York/London 1997: 137-166.

Waterman, Peter 2002: Emanzipation des Arbeiter-Internationalismus, in: *Kurswechsel*, H. 2, 102-116.